

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Zeilen
jede ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Besondere
und Besondere Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 29. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Revisionär.

Unter diesem Titel stellt sich uns Herr Alfred Kossig vor, der eben einen Band, aber nur ersten Band „Revision des Socialismus“ (Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften, Dr. John Edelheim, Berlin-Bern 1901) veröffentlicht hat. Diefem Bande fällt nur erst „die Reorganisation der Fassade und der abrundernde Ausbau“ zu; in den nächsten Bänden sollen die Fundamente des Baues revidiert werden. Die Sorge des Herrn Kossig, daß sich kein „Revisionismus“ verspäten könne, glauben wir mit gutem Gewissen beschwichtigen zu können; die „Fundamente des Baues“ werden so lange anhalten, bis er seine famosen Künste an ihnen versuchen kann, und vermutlich noch eine ganze Weile länger.

In seiner Eigenschaft als Revisionär entbehrt Herr Kossig nicht der tiefsten Bedeutung. Er ist ein Visionär, aber er sieht nicht Visionen der Zukunft, sondern der Vergangenheit. Das „System des Socialismus“, das er entwirft, ähnet in Fassade und Ausbau dem „System des Socialismus“, wie er etwa in den vierziger Jahren grifferte, in den Tagen des „Jubiläumsums“; dann er nennt Herr Kossig aber auch noch Fuß zum Abhären der „revisionistischen Bewegung“, von wegen: „Gott helfe mir, ich kann nicht anders“, das beiläufig mit Erlaubnis des Herrn Kossig nicht Fuß, sondern Luther gesagt hat oder noch richtiger gesagt haben soll. Aber auch Fuß ist noch nicht „revidiert“ genug, und so setzt Herr Kossig seine Visionen nach rückwärts fort: „Wie einst die große kirchliche Reformation, so muß die Revision der socialen Religion auf den Urtext zurückgehen. Wie jene, so findet auch diese ihn in der Bibel, vor allem in jenem erleuchteten Gebot, das alle anderen zusammenfaßt und so die Grundlage abgibt für alle höher-menschliche Kultur: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Aber da Herr Kossig einmal beim Neuen Testament angefangen ist, so denkt er, zum alten Testament zurückzumarschieren sei auch nur ein Aufwachen und demgemäß entwickelt er: besser als starrer Kollektivismus, worunter er das socialdemokratische Programm versteht, sei unablässiges Töten. Freilich Jahr für Jahr durch Töten die wirtschaftlichen Verhältnisse zu regulieren, hieße in das entgegengesetzte Extrem fallen, in den starren Kollektivismus. Man muß den ökonomischen Gesetzen und den individuellen Trieben die Zeit lassen, sich zu betätigen, denn nur so kann das wirtschaftliche Leben kräftig pulsieren, kann sich der sociale Organismus voll entwickeln, obwohl er sich gleichzeitig verbraucht. Ein halbes Jahrhundert dürfte der Zeitraum sein, den man diesem freien Spiele der Kräfte gewähren kann, ohne den socialen Bau ernstlich zu gefährden. Diese Periode bestimmt schon die Bibel bei dem Entwurf einer realen wirtschaftlichen Verfassung und die Betrachtung der modernen Wirtschaftsgeschichte, insbesondere der freien Epoche, ergibt die Richtigkeit dieser Schätzung.“ Dähring hat sich einmal den abgeschmackten Scherz geleistet, zu behaupten, daß der angeblich von Marx gepflanzte „Zukunftstaat“ eine Kuffrischung des hebräischen Jubeljahres sei, aber nun kann Dähring diesen Apfel der Erkenntnis am eignen Baum wachsen sehen, denn zu den Vätern des „Revisionismus“ gehört auch er.

Diese Scherze sind das Wertvolle an Herrn Kossigs erstem Bande; wird er ernsthaft, so wird er ungenießbar. Da sein Endzweck ist, Marx totzuschlagen, so hätte man billigerweise erwarten sollen, daß Herr Kossig wenigstens ein halbwegs zutreffendes Bild des Marxismus in seinem ersten Bande geben würde, aber was darin serviert wird, ist ein buntes Durcheinander von Ansichten aller möglichen Socialisten. Freilich hat Herr Kossig äußerlich keine Platte gedekt, indem er schon in diesem Bande die Fassade abputzen und den Ausbau abrundern will, aber so entsteht ein Wischmasch, der für die Kenner unentzerrlich zu lesen ist, in den Köpfen derer aber, die sich aus Herrn Kossigs Buch erst unterrichten wollen, die ungläubigste Konfusion anrichten muß. Greifen wir wenigstens einen oder zwei Punkte heraus, um unser Urteil zu begründen.

Unter den „theoretischen Ausblickspunkten des Socialismus“, womit Herr Kossig beginnt, ist auch die Werttheorie. Nun haben die verschiedenen Socialisten sehr verschiedene Werttheorien aufgestellt; Herr Kossig aber ist so glücklich, als „nationalökonomischen Ausgangspunkt aller socialistischen Manifeste“ den Satz zu entdecken: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur. In einer Anmerkung dazu sagt er: Vergleiche das Programm von Gotha, Mai 1875, das von Halle, Oktober 1890 und viele andre. Die „vielen andern“ existieren nur in den Visionen des Herrn Kossig; in Halle ist überhaupt kein Programm beschlossen worden, und wenn das Erfurter Programm gemeint sein sollte, so steht nichts von dem darin, was Herr Kossig behauptet. Bleibt also nur das Gothaer Programm, an dessen Spitze jener Satz allerdings steht, um damals sofort von Marx kritisiert zu werden, wie folgt: Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums; die Natur ist ebenso sehr die Quelle aller Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum) als die Arbeit, die selbst nur die Neuerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“ Hätte Marx aber auch nicht seine Kritik des Gothaer Programms geschrieben, so braucht man nur die ersten fünfzig Seiten seines „Kapitals“ zu lesen, um sofort zu erkennen, daß seine Werttheorie in dem Gothaer Kongressprogramm einen ungeheuren und unzureichenden Ausdruck gefunden hat. Ist Herr Kossig wirklich nur naiver Revisionär, wenn er einen mißlungenen Satz eines Programms, das, wie alle Welt weiß, die deutsche Socialdemokratie längst überlebt hat, als klassische Form der socialistischen Werttheorie wiedergibt, um möglichst haltlose Folgerungen daraus zu ziehen?

Zu einem andern Kapitel „analysiert“ Herr Kossig die „Marx'sche Konzentrationstheorie“. Marx unterscheidet zwischen Accumulation des Kapitals als Konzentration von Produktionsmitteln und Kommando über Arbeit und Centralisation des Kapitals als Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständig-

keit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleiner in wenige große Kapitale. Er fährt dies so aus, daß die Accumulation durchkreuzt werde durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale, wobei er sich besonders auf die Teilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien bezieht; die Accumulation stelle sich also auch dar als Repulsion vieler individueller Kapitale von einander. Dieser Zersplitterung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in viele individuelle Kapitale oder die Repulsion seiner Bruchteile von einander wirke entgegen ihrer Attraktion und führe zur Centralisation. Es ist aber klar, daß die Accumulation, die allmähliche Vermehrung des Kapitals ein gar langsames Verfahren ist im Vergleich mit der Centralisation. Die Welt wäre noch ohne Eisenbahnen, hätte sie so lange warten müssen, bis die Accumulation einige Einzelkapitale dahin gebracht hätte, dem Bau der Eisenbahnen gewachsen zu sein. Die Centralisation hat dies vermittelt der Aktiengesellschaften im Handumdrehen fertig gebracht.“ Und Marx sagt dann noch, die ökonomische Wirkung bleibe dieselbe, ob die Ausdehnung der industriellen Operationsbasis der gewaltigsten Kapitalanlagerung oder dem glatteren Verfahren der Bildung von Aktiengesellschaften geschehe werde.

Hierüber erhebt Herr Kossig ein fürchterliches Petermordlo. Attraktion und Repulsion, dialektische Verwirrung, philosophische Formeln statt nationalökonomischer Formen, löbliche Gehege, dialektisches Spiel, Kollaterieren mit der Dialektik, dialektische Kollaterie, die ganze, große Frage des Kollektivismus auf eine falsche Basis gestellt — das regnet nur so in einem Dugend Stellen auf den unglücklichen Marx herab. Der Quell dieser Thränen ist die kindische Vorstellung, daß die modernen Aktiengesellschaften eine ökonomische Form seien, die von den kleinen Kapitalisten nur aufgebaut zu werden braucht, um sich vor der Anexion durch die großen Kapitalisten zu schützen und der Himmel weiß, welche socialen Wunderthaten zu verrichten, wovon uns Herr Kossig in seinen nächsten Bänden wohl noch manches ansprechen wird.

Da diese Anderei eine Preisbühne des „Revisionismus“ ist, so wollen wir darüber einen Mann hören, der zwar ein scharfer Gegner des Marxismus war, aber den Vorzug hatte, von ökonomischen Dingen etwas zu verstehen. Robertus schreibt: Die Aktiengesellschaft, die aus durchaus kleinen Kapitalquellen die Zinsen zu einem Strom zu verbinden weiß, hat eine Mission zu erfüllen. Sie hat Gottes Schöpfung zu supplieren, Landungen und Länder durchzustechen, wo der kümmerliche es vergraben oder noch nicht an der Zeit gehalten hat, vom Meer getrennte Länder unter dem Meeresgrunde oder über die Meeresfläche zu verbinden, Alpen zu durchbohren usw. usw. Der Pyramidenbau und die phönizischen Quadern reichen nicht an das, was das Aktienkapital noch zu schaffen hat. Aber ich, für meine Person, habe noch einen ganz besondern „Schmerz“ für sie. Und warum? Sie säubern mir eine Strafe, und wie sie sie säubern! Der gewöhnliche Freihandel ohne Aktienform ist nur ein miserabler Handbesen, der Freihandel mit Aktienform ist ein Dampfmaschinenbesen, der in zehn Jahren so viel reinsetzt, wie seine Samstagsbesen in „hundert“. Man sieht, Robertus urteilt über die ökonomische Wirkung der Aktiengesellschaften genau so wie Marx, aber Herr Kossig wird uns sagen: Der Kernste liegt auch am dialektischen Wahnsinn.

Doch genug davon und vielleicht schon zu viel! Wir hätten es uns vermutlich erspart, diesen wunderbaren Revisionär unter die Lupe zu nehmen, wenn nicht der Verfasser der amnialigen Scharte den eigentümlichen Geismad besessen hätte, die Parteipresse mit überschwenglichen Klammern zu überschwemmen. Diesem bösen Beispiel wollten wir doch einen Niegel vorschreiben, ehe es gute Sitten verdriest.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Mai.

Das Ende des Chinakreuzzuges.

Die Nachricht von der Anordnung des Kaisers, das deutsche Armeekorps-Oberkommando in Ostasien aufzulösen und die Reduzierung des ostasiatischen Expeditionskorps vorzubereiten, ist allseitig mit Genugthuung begrüßt worden. Kein Mensch, und läßt er auch in der Redaktion des weltmachtberauschenden „Holl.-Blattes“, zweifelt daran, daß die Zurückziehung des Oberkommandos und des Gros der Chinatruppen keinerlei Gefahren in sich birgt. Wäre die kaiserliche Anordnung erst in 3 Monaten erfolgt, so würde man natürlich auch diesen Zeitpunkt für den richtigen gehalten haben. Wahrscheinlich würde man aber auch nicht den schärfsten Einspruch geäußert haben, wenn die Liquidation des Kossig-Kreuzzuges schon drei Monate früher erfolgt wäre. Denn die Lage in China hat sich inzwischen nicht im mindesten geändert. Abgesehen von der „glänzenden Poffenthat“, die die deutsche Schansi-Expedition noch kurz vor Thoreschluß an den Mannschaften des Generals Liu verübte, den wenige Tage später der toleranteren französische General Bailoud mit der Polizeiaufsicht im Süden der Provinz Schili betraute — abgesehen von dieser ebenso zweifelhaften wie überflüssigen Bravourthat haben die deutschen Truppen trotz der gespanntesten Aufmerksamkeit seit Geroumem nichts mehr zu thun gehabt. Die Mannschaften mochten mit dem Indifferentismus des Mebesers noch die graue Oede der Unthätigkeit ertragen, allein die Herren Offiziere wären jedenfalls unheilbarer Melancholie verfallen, wenn nicht Pferderennen, Fuchsbeyen, Liebesmahl und dergleichen ein kleines Palliativ geboten hätten. Waldersee freilich soll der Ehrenvorsitz des Pekinger Internationalen Sportklubs nur mangelhaften Ersatz für die herben Enttäuschungen seiner Weltmarschallenschaft gewährt haben.

Auch in der Entschädigungsfrage hat sich seit Monaten kaum eine Aenderung vollzogen. Die prinzipielle Erklärung

der chinesischen Regierung, die Entschädigungsansprüche der Mächte zu befriedigen, hat man bereits längst erhalten, aber den Zahlungsmodus selbst hat man sich aber bis zur Minute noch nicht einigen können. Oder sollte man vielleicht geglaubt haben, Waldersee werde statt der ihm entgangenen Lorbeeren wenigstens einige hundert Millionen in Bar mitbringen? Ach, nicht nur diese holde Illusion ist zerronnen, sondern Waldersee kehrt sogar im wortwörtlichsten Sinne völlig „abgebrannt“, „an seiner Habe“ beraubt, nach Deutschland zurück.

Die endlose Farce der Friedensverhandlungen mit der sie anmutig begleitenden Tragödie unaufrichtiger Vogerjagden würde sich schwerlich so lange hingeschleppt haben, wenn nicht Graf Waldersee im August zum Oberkommandierenden ernannt und nach einer an Neben und Vorhülvorbeeren so überreichen Leinwandreise zu einer Zeit nach China entsendet worden wäre, wo nach der Einnahme Tientsins der Veseelungszug nach Peking bereits im vollen Gange war. So war es denn natürlich, daß bei Waldersees Ankomst die Fahnen der übrigen Mächte bereits über Pekings Mauern flatterten und dem Weltfeldmarschall beim rückwärtigen Ufer nichts Mehtes mehr zu thun übrig blieb.

Zeit endlich hat für Waldersee die Erlösungsfunde geschlagen, zum tröstlichen Beweis, daß der Mensch auch in der trübsen Lage nicht völlig verzweifeln soll. Der ähleren Lage der Reichsfinanzen mag es Waldersee danken, daß ihm endlich die erste Stunde des Abschieds von dem Lande seiner künftigen Vorbererträume schlagen wird. Mit etwas andren Gefühlen wird er der Heimat entgegenellen, als er sie verlassen. Aber er mag sich trösten: ist mit seiner Habe auch sein Marschallstab verbrannt, ein Komitee „angesehener“ Alttonner Einwohner hat sich bereits gebildet, um ihm als Schadenersatz einen prächtigen Ehrenregen zu überreichen.

Mit Waldersee wird außer der Linienfahrts-Division auch das Gros der Landtruppen zurückkehren. In Peking, Tientsin und 9 Etappen sollen allerdings internationale Truppen, zusammen 12.000 Mann, darunter 3-4000 Deutsche, zurückbleiben. Zusammen soll unser asiatisches Truppenkontingent 5400 Mann stark sein. Auch vermutet man, daß die großen Kreuzer „Fürst Bismarck“, „Gerta“, „Gansa“, „Kaiserin Augusta“ sowie mehrere kleine Kreuzer und vier Kanonenboote in den chinesischen Gewässern dauernd zurückbleiben werden. Das alles wird uns jährlich eine nette runde Zahl von Millionen kosten, die wir als eine Art von Zinsen des Kapitals ansehen können, das uns das China-Debitener gelohnt hat. Der Zahlung dieser Zinsen können wir wenigstens sicher sein.

„Deutschlands Aufgabe in China ist erfüllt“, schreibt Herr Schweinburg. Wir wollten, das wäre der Fall. Aber wir fürchten das Gegenteil. Mit einem Fuß bleiben wir ja in China stehen und welche Ernte noch einmal aus der Saat der Drachenzähne aufgehen wird, das wird die Zukunft lehren.

Die Attentatspekulationen.

Die durch ihre Kanalrebellion bei der Route U Lagnade gescheiterten Konserwativen suchen durch die Entfesselung des roten Schredens den verlorenen Einfluß wieder zu gewinnen, und sie werden in diesen Bemühungen durch gewisse Persönlichkeiten in der militärischen Umgebung des Kaisers lebhaft und nicht erfolglos unterstützt. Der unglückliche Epileptiker in Bremen soll durchaus zu einem politischen Attentäter ausgenutzt werden, und kein Tag vergeht mehr, an dem nicht ebensograue wie alberne anarchoistische Verschwörungen erzählt werden, die irgendwo in Amerika ausgehört seien. Diese Politik des Alexandrinischen Bombenschwindels wird mit großer Zäugigkeit betrieben.

Diesem Treiben gegenüber scheint man das Bedürfnis zu empfinden, die Offizien loszulassen. Die „Adn. Jtg.“ schreibt heute, wie aus Köln telegraphiert wird, aus Anlaß der Versuche der parteilosigen konserwativen Korrespondenz, den Bremer Zwischenfall zu einem schwindigen politischen Attentat aufzubauschen, um das Gemüt des Kaisers zu verblöden und die Bahn frei zu machen für Anedelgehege: Die bürgerlichen Parteien können nichts Wahntwigeres unternehmen, als der Socialdemokratie offenkundiges schreiendes Unrecht anzuthun, das alle anständigen, rechtlichdenkenden Menschen geradezu zwingt, für die Genossen Partei zu ergreifen. Ein derartiges Verbrechen begehe man, wenn man versuche, die Socialdemokraten für einen politischen Mordanschlag verantwortlich zu machen, der nur in der Einbildung junckerlicher Känkschmiede vorhanden sei. Es scheint, als ob das Junckerthum mit allen Mitteln den Beweis antreten wolle, daß es jeden Anspruch auf die historische Führerrolle verwerft habe. Keine Partei Preußens werde elender geführt, als diejenige, die den stolzen Anspruch auf die alleinige Beherrschung des behördlichen Apparats erhebt.

Ueber das Resultat der Untersuchung Weilands auf dessen geistigen Zustand erfährt die „Adn. Jtg.“, daß das Gutachten verschieden ausgefallen sei. Da die Untersuchung abgeklaffen ist, sei nunmehr zu entscheiden, ob Weiland auf Grund der Gutachten für normal angesehen und zur Verantwortung gezogen wird. Wer den Attentäter in dessen bei seiner ersten Vernehmung gesehen, werde dieses entschieden verneinen. Weiland trug in letzter Zeit ein ruhiges Wesen zur Schau ohne Anfälle. Ob er politisch interessierte Freunde gehabt habe, sei unbekannt. Was man bisher darüber habe ermitteln können, habe dagegen gesprochen.

Die Bemühungen der „Kölnischen Zeitung“ mögen ja recht löblich sein. Schade nur, daß sie kein Wort des Hinweises darauf findet, wie elend politische Verhältnisse sind, in denen überhaupt mit solchen Mitteln ernsthaft gearbeitet werden kann.

Deutsches Reich.

Die Panzerplatten-Patrioten.

Die großen Plattenvorlagen der beiden letzten Jahre sind im wesentlichen auf die Bemühungen der Plattenlieferanten zurückzuführen, die Aufträge brachten und deren Zukunft allerdings auf dem Wasser lag. Die welpolitischen Professoren lieferten dann die wissenschaftlichen Beweise für die Geschäftsinteressen der Industriellen.

Inzwischen ist längst festgestellt worden, in welcher schamloser Weise die Patrioten das deutsche Volk ausplünderten, indem sie sogar Amerika die Panzerplatten billiger lieferten als dem Vaterlande. Es wurde darauf angeregt, daß das Reich selbst die Fabrikation von Panzerplatten übernehmen soll. Kürzlich aber ließ die Regierung gewöhnlich erklären, sie habe keinen Anlaß, dieser Anregung zu folgen, weil Krupp jetzt die Platten an Deutschland ebenso billig verkaufen könne wie an Amerika, nachdem infolge der Plattenvorlage die Verstellung im großen gegeben sei.

Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt jetzt gegenüber dieser Erklärung, daß gerade im Gegenteil das Gesetz von 1900 die Bindung des Plattengesetzes von 1898 ausdrücklich befestigt und alles der jährlichen Bewilligung durch den Etat vorbehalten hat. Das neueste Gesetz von 1900 schreibt weder eine jährlich zu bewilligende Summe, noch eine Zahl von jährlich im Bau zu gebenden Schiffen, noch einen bestimmten Endtermin für die Fertigstellung des „unverbindlichen Bauprogramms“ vor. Mitin kann von einer Bewilligung des Reichsmarine-Amts, Lieferungskontrakte in großem Maßstabe abzuschließen, gar keine Rede sein; solche Kontrakte, wenn sie über den Etat hinaus abgeschlossen werden sollten, würden jeder Rechtsverbindlichkeit für das Reich entbehren.

Das ist nun allerdings nichts als ein literarischer Advokatenkniff, der dazu dienen soll, das Centrum von der Schuld zu erlassen, daß es selbst durch seinen Bewilligungseifer die Geschäfte der Plattenlieferanten betrieben hat. Formell hat der Reichstag allerdings die Möglichkeit, neue Schiffe in den nächsten Etats abzulehnen. Aber will uns die „Köln. Volksztg.“ wirklich weiß machen, daß das Centrum von diesem Recht Gebrauch machen werde? Ach nein, das Centrum wird alles bewilligen, was von ihm ernstlich gefordert wird, und wenn die Panzerplatten-Patrioten das Volk bewundern, so schafft das Centrum erst die Voraussetzungen, die ihnen das Handwerk ermöglicht.

Interessant sind dagegen die weiteren Angaben der „Kölnischen Volksztg.“ über die Profite Krupps. Es sei naiv, wenn angeführt werde, das Reich könne kein eigenes Panzerwerk errichten, weil eine Verbilligung durch staatliche Fabrikation nicht erreicht werden würde. Die maßgebenden Personen dürften sehr wohl wissen, daß die seither mit 2320 M. pro Tonne bezahlten Platten den Herstellern nur 950—1000 M. pro Tonne kosten und daß selbst wenn sie jetzt eine Herabsetzung des Preises auf 1020 M. erreichen, den Fabrikanten immer noch ein Nutzen von 100 Prozent, auf die Herstellungskosten berechnet, bleiben würde. Glaubt nun das Reichsmarine-Amt wirklich, unter allen Umständen 100 Prozent teurer fabrizieren zu müssen, und womit will es diese Ansicht begründen? Schon vor längerer Zeit ist mitgeteilt worden, daß ein rheinisches Konsortium sich bereit erklärt habe, vom Jahre 1908 ab gleiche Qualität Rüstschiffplattenpanzer zu 1550 M. pro Tonne, also 770 M. billiger, als seither an die Lieferanten bezahlt wurde, zu liefern, wenn ihm nur die Zusage eines entsprechenden Teils der künftigen Lieferungen gegeben werde. Diese Offerte scheint auch zur Kenntnis der seitherigen Privilegierten gekommen zu sein, denn sie sollen dem Reichsmarine-Amt nunmehr den Preis von 1920 M. — statt der zuerst geforderten 2070 M. (und statt der bisher gezahlten 2320 M.) — gestellt haben, wenn ihnen der Gesamtbedarf bis zum Jahre 1907 fest übertragen würde. Damit soll der Entstehung eines neuen Werks der Boden entzogen werden, da dieses dann auf Jahre hinaus von allen Lieferungen für das Reich ausgeschlossen sein würde. Man kann kaum annehmen, daß das Reichsmarine-Amt ein derartiges plummes Manöver nicht durchschauen wird, durch welches ein immer noch erorbitant hoher Preis auf sechs Jahre andauernd festgelegt werden soll.

Was durch Konkurrenz erreicht werden kann, zeige die Heeresverwaltung. Bei Beschaffung der neuen Feldartillerie waren die ersten Geschützrohrlieferungen an eine sehr bekannte und leistungsfähige Firma zu einem Preise vergeben worden, der 4000 Mark pro Stück überstieg. Dem Kriegsministerium gelang es später, eine Konkurrenzfirma für die Sache zu interessieren, welche dasselbe Material zu 1950 Mark anbot, und schließlich wurde der Preis auch von dem ursprünglichen Lieferanten auf 1900 Mark ermäßigt! Ähnliche Verhältnisse ergaben sich bei der Lieferung von Granaten.

Diese Lieferungsverhältnisse im Marinereffort werden nachherade so merkwürdig, daß eine ernsthafte Untersuchung der Angelegenheit geboten erscheint.

Der Zolltarif. Offiziös wird geleugnet, daß der neue Zolltarif 31 Positionen mit Doppelsätzen enthalte. Trotz dieser Ableugnungen haben wir allen Anlaß, im Kampf gegen die Brotwucher-Politik nicht nachzulassen.

Bodenschwinds Einfluß. In der endlich erfolgten Mitteilung des „Reichs-Anzeigers“ über die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts bemerkt die „Ameisenschwindsche Zeitung“:

„Damit ist diese lang umstrittene Frage endlich erledigt — natürlich im Sinne englischer Wünsche. Die Verleihung ist als Regierungsakt behandelt, nicht als Privatfache des Kaisers, wie Reichsminister Graf Bülow in seiner nonchalanten Art es hinzustellen wünscht. Rummehr trägt Graf Bülow hierfür die Verantwortung, und der Reichstag wird sich hoffentlich nochmals mit der Sache befassen. Es ist noch nie dagewesen, daß ein fremder Feldherr im Anschluß an die Niederwerfung eines deutschen Stammes einen deutschen Orden erhielt.“

Ueberrassig darf die jetzige amtliche Veröffentlichung wohl als die charakteristischste Antwort auf jene Mittelungen gelten, in denen erbaulich zu lesen war, wie der gute, fromme Pastor Bodenschwind den Kaiser über die Volksstimmung in der Ordensfrage erfolgreich unterrichtet und beraten habe.

Von der „Hofbank“.

Die verhafteten Direktoren, deren schnelle Haftentlassung von seiten der Bank bis in die jüngsten Tage in Aussicht gestellt wurde, scheinen diese Hoffnung aufgegeben zu haben; sie haben „im Interesse der Bank“ angeboten, sie bis auf weiteres ihrer Konten zu entheben. Vielleicht hängt dieser Antrag zusammen mit einer vom „Börsen-Courier“ mitgeteilten Entdeckung der Aufsichtsbekörde in bezug auf den Zogats des Ritterguts Bronnau in Posen, welches der Pommerischen Hypothekbank gehört. Das Gut soll kaum den dritten Teil des Bankkapitals wert sein. Es handelt sich um ein Millionenobjekt. Da es sich nicht um hypothekarische Beleihung, sondern nur um höhere Bewertung in den Büchern und Bilanzen der Bank handelt, so war zu dem famosen Zogats gar nichts weiter nötig, als daß die Herren Direktoren dekretierten, das Gut koste fortan eine halbe Million mehr. Anders sieht es mit den Beleihungszogen. In Streilig ist das geflügelte Wort „Zogats sind Zogats“ oft citiert worden. Bekanntlich sind die Zogats die eigentliche Handhabe des Schwindels gewesen. Herr Rohrig hat den Zogatoren in einer Bankversammlung mit dem Staatsanwalt gedroht und das Beispiel eines „Königlichen Baurats“ mitgeteilt, der in wenigen Monaten von der Preussischen Hypothekbank für derartige Zogats ein kleines Vermögen eingenommen hat. Es ist öffentlich mitgeteilt, daß die Zogats im Bureau der Bank gemacht und den Zogatoren nur zur Unterschrift vorgelegt sind. Trotzdem ist es vom Staatsanwalt ganz still geworden, und der „Königliche

Baurat“ ist im übrigen ein großes X. Und erscheinen die Zogatoren ebenso lampenputzert, wie die Direktoren.

Am Sonnabend ist an der Börse der Kurs der Aktien der Pommerbank um 14 1/2 Proz., der Streilighen Bank um 18 Proz. gesunken. Es ist also eine Beruhigung eingetreten, die sich am Montag fortsetzte.

Die Verfehlungen der verhafteten Direktoren stellen sich jedoch mit jedem Tage schlimmer heraus. Wir haben schon früher den gegen die Verhafteten Sucher berichtet. Das „Berliner Tageblatt“, das von einem Vorkommnis der Hypothekbank, einem gewissen Dr. Wittenberg, provociert worden ist, giebt jetzt weitere Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß der verhaftete Direktor Schulz die gegen die Verhafteten Sucher gerichte gewerksamliche Betrieben hat. Er hat die mit der 7 Millionen-Hypothek ein Grundstück in Wilmersdorf, das er selbst für 200 M. pro Aute erworben haben soll, für 1400 M. aufgehäuft, während man den realen Wert auf 500—600 M. pro Aute schätzt. Die Medlenburger Bank hat dann 840 pro Quadratrute Hypothek bewilligt, und die Schulz hat das Grundstück zu diesem Preise, also mit 500 M. Verlust pro Quadratrute weiter verkauft. Auf dieselbe Weise, die übrigens Schulz bei Sanden, seinem früheren Lehmeister, profitiert haben mag, ist in vielen Fällen verfahren.

Es ist also kein Wunder, daß die Direktoren noch in Haft sind.

Wahlschwindel. Ein anonymes Wahlanschreiben im Wahlkreis Kreiswald-Grümmen veröffentlicht zu Gunsten des Landrats v. Behr ein Flugblatt, das an dumme Verlogenheit Unglaubliches leistet. Da wird z. B. beteuert, der Landrat denke nicht daran, für Steuererhöhung zu stimmen.

Wie der Herr Landrat und Reichstagskandidat gestatten, daß in seinem Namen die Verpflichtung ausgesprochen wird, keine Steuererhöhung zu bewilligen, obwohl er doch sehr gut weiß, daß wir unmittelbar vor einer Vier- und Tabaksteuer stehen, welche die konservative Partei bewilligen muß und wie ein Mann bewilligen wird.

Das Urheberrecht soll, nach offiziöser Ankündigung, trotz der Abänderungen der Regierungsvorlage durch den Reichstag, doch die Zustimmung des Bundesrats finden.

Ein Socialisistler. Aus Altenburg wird der Berliner „Volkszeitung“ geschrieben:

Großes Aufsehen ruf hier die Verhaftung des Fabrikanten Gebhardt hervor. Der Mann hat in der hiesigen konservativen Gesellschaft eine große Rolle gespielt. Bei Wahlen und sonstigen Gelegenheiten war er rassellos thätig, um nicht nur die Socialdemokratie, sondern auch die Reste des hiesigen Freisinn in geradezu unerhörter Weise zu bekämpfen. Als Vorstand des hiesigen Militärvereins verfehlte er nie, den König von Sachsen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit anzutelegraphieren, und seine von glühendem Patriotismus und dito Socialistenhaß getragenen Reden werden hier noch lange unvergessen bleiben. Vor einigen Monaten bereits munkelte man, daß es schlecht mit ihm stehet. Dann kam der Zusammenbruch. Und jetzt ließ ihn die hiesige Staatsanwaltschaft in Leipzig verhaften und in das Landgerichtsgefängnis einliefern. Man legt ihm Wechselfälschung und Betrug zur Last.

Reichsländische Enttäuschungen. Aus Strahburg i. E. wird uns vom 27. Mai geschrieben: Trotz der zahllosen bitteren Enttäuschungen, die sie schon erleben mußte, hat die Bevölkerung Elsaß-Lothringens den naiven Optimismus hinsichtlich der Gestaltung der politischen Verhältnisse des Landes immer noch nicht verloren. Neuerdings hat wieder einmal eine reichsländische Zeitung, diesmal der „Köln. Volksztg.“ in Wies, die Nachricht in die Welt gesetzt, es sei demnächst die Aufhebung des Diktatur-Paragrafen zu erwarten, da der Kaiser anlässlich seines Aufenthalts in Lothringen sich den Abgeordneten Jaumez und de Schmid gegenüber in diesem Sinne geäußert habe. Daß das Eingehen der Regierung auf diesen politischen Handel ausgeschlossen war, das wird jetzt auch in einem offiziösen Dementi bestätigt, das besagt, Erwägungen über die Befreiung der Ausnahmestände im Reichslande hätten bisher nicht stattgefunden, und man scheine mit der Verbreitung ähnlicher Nachrichten lediglich die Absicht zu verbinden, den Diktaturparagrafen immer aufs neue zwischen Regierung und Volk zu werfen, um die Erörterung über eine Einrichtung zu erhalten, deren Befreiung die Zukunft bringen wird.

Ebenfalls ins Kapitel der Enttäuschungen gehört das offiziöse Dementi der von der „Frankf. Ztg.“ gebrachten Nachricht, es würden noch im Laufe der diesjährigen Reisezeit für die Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und die pfälzischen Bahnen Kilometerhelfte nach babilonischer Muster zur Einführung gelangen. Richtig sei daran nur, daß im März d. J. die Direktion der pfälzischen Bahnen einen Antrag bei der Generaldirektion in Strahburg auf gemeinsames Vorgehen in der erwähnten Richtung gestellt habe, und daß dieser wohl nach Berlin berichtet worden sei, dort aber wenig Gegenliebe gefunden habe. Herr v. Thielen war also auch in diesem Falle der Himmelssturz einer Verkehrsreform, die sich im Großherzogtum Baden seit einer Reihe von Jahren auf beste bewährt hat.

Die Situation des Centrums in Bayern.

München, 24. Mai. (Eig. Ber.) Wieder einmal erhebt ein Provinzialblatt lauernde seine Stimme, um die Münchener Centrumpartei zu energischer Agitationsarbeit anzuspornen. Ein Artikel, den die ultramontane „Amberger Volkszeitung“ über die Lage der Centrumpartei in München „von besonderer Seite“ erhielt, ist nun zwar an und für sich nach keiner Richtung hin besonders bemerkenswert. Man kann ihn höchstens gelten lassen als einen neuen zu den unzähligen Beweisen von der Kleinigkeit im Centrumslager. Zumal man ja auch die „besondere Seite“ kennt, die von jeder ein Schwendenskind, eigentlich am liebsten mit völliger Mandatentziehung bestraft werden möchte, wenn eben das Centrum die Möglichkeit befinde, eine stramme Parteidisziplin aufrecht zu erhalten. Wenn der Artikelreiber die „Biergenusslichkeit“ der Münchener Centrumsleute kritisiert, so ist das nichts Neues.

Sehr erfreut thut aber die liberale Presse über eine Bemerkung am Schluß der ultramontanen Kritik. Da wird nämlich gesagt: „Nicht einmal eine große Protestversammlung zum Grafmann- und Dinsland hat sie (die Centrumpartei in M.) zu Stande gebracht!“

Demgegenüber ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die bayrischen Liberalen nicht die geringste Ursache haben, in dieser Beziehung über andre Parteien zu reden. Denn gerade die liberalen Blätter kündigten vor einigen Monaten bombastisch eine große öffentliche liberale Protestversammlung gegen die Erhöhung der Getreidezölle an. Und diese Versammlung hat bis heute noch nicht stattgefunden, weil den Herren Wafslappen-Liberalen der Mut ausgegangen ist!

Ernstlichere Sorgen als der Liguori-Rummel bereitet dem Centrum die Zollfrage. Genau wie im Rheinlande scheint es auch in Bayern in den Centrumsquartieren zu spulen. Die Bauern besetzen auf ihrem Schein, „Der Bauer“, Wochenblatt der christlichen Bauernvereine in Schwaben, Mittelfranken und im nördlichen Oberbayern giebt in seiner neuesten Nummer gewissen süddeutschen Centrums-Abgeordneten, nämlich den Herren Wörle-Kugsburg und Lehmann-Trostberg einen sanften Rippenstoß. Beide haben nämlich vor einiger Zeit erklärt, daß an einen 6 M.-Zoll für alle Getreide-Arten nicht zu denken sei. Zwischen den Zeilen wird ihnen nun angedroht, man werde die christlichen Bauern gegen sie mobil machen! Dazu kommt noch, daß auch vom Bauernbund wieder beunruhigende Nachrichten vorliegen. Liberale Zeitungen behaupten, im Lande bereite sich ein allgemeiner Abfall der Bauern von dem kaum eingeführten Bund der Landwirte zu Gunsten des bayrischen Bauernbundes vor. Trotzdem der bayrische Agent des Bundes dieser Mitteilung widerspricht, bleiben die liberalen Blätter darauf bestehen. Das Centrum aber ist aus guten Gründen sehr empfindlich, wenn es von einer Kräftigung des verhaßten Bauernbundes hört,

der ihr viel gefährlicher werden kann, als der unpopuläre norddeutsche Bauernbund jemals dazu in der Lage wäre. Begehrter wäre ein solcher schneller Abfall schon.

Das weiß man im Centrum auch ganz genau und deshalb muß man sich mit der Frage befassen, wie die großen Verpfehlungen, die man den Bauern leichtfertig machte, wenigstens einigmaßen zu realisieren sind.

Auf der andern Seite aber stehen die christlichen Arbeiterorganisationen, die vor einigen Wochen durch ihr Organ ausdrücklich erklären ließen, daß sie nur für eine „mäßige Forderung“ zu haben seien und die ihren Unmut über die agrarische Politik des Centrums nur sehr ungern bisher Zügel anlegten. Und darüber ist man sich im Centrum klar: wenn die christlichen Arbeiter einmal anfangen, rebellisch zu werden, dann wird es zu Szenen kommen, gegen die alle bisherigen Differenzen in der Partei als ein Kinderpiel erscheinen.

So befindet sich also auch das bayrische Centrum in einer äußerst verzwickten Situation.

Ausland.

Socialpolitische Fragen in Oestreich.

Wien, 27. Mai. In einer bis in den grauen Morgen währenden Nachtigung hat das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Bergbau angenommen. Das Haus ließ die vom socialpolitischen Ausschusse an der Regierungsvorlage vorgenommene Abänderung wieder fallen, so daß eigentlich die zweimonatige Beratung im Subcomitee, im Ausschuss und im Hause an dem von der Regierung vorgelegten Entwurfe nichts geändert hatte. Sie war trotzdem nicht wertlos, denn das Problem ist durch die lange und mannigfaltige Diskussion über alle Verbindungen klar zu Tage getreten; was ursprünglich als ein „Gelegenheitsgesetz“ erschien, nur in der Absicht eingebracht, dem entsetzten Streik der Bergarbeiter ein Ende zu setzen, erscheint nun als eine unerläßliche sociale Notwendigkeit, als eine Bedingung zur Entwicklung der Arbeiterklasse und nicht minder des Fortschritts des Bergbaues selbst. Die Regierung gab übrigens im letzten Augenblicke eine Erläuterung, die den Wert des Gesetzes wesentlich erhöht. Die Vorlage gebraucht die Worte, der Beginn der Schicht werde nach der Zeit der Einfahrt, ihre Beendigung nach der vollendeten Ausfahrt berechnet werden, und der Regierungsvertreter erklärte nun, die Reinstundenschicht sei so zu verstehen, daß vom Beginn der Einfahrt des ersten Mannes bis zur vollendeten Ausfahrt des letzten Mannes nicht mehr als neun Stunden verstreichen dürfen. Praktisch bedeutet diese Erklärung so viel, daß nicht jeder einzelne Bergarbeiter neun Stunden unter Tag zubringen, sondern daß die gesamte Dauer des unterirdischen Bergwerksbetriebs für eine Schicht nicht länger als neun Stunden betragen dürfe: das heißt, daß die Dauer des Aufenthalts eines Bergarbeiters mit neun Stunden weniger der Anfahrtszeit der ganzen Belegschaft zu bemessen sei. In Bergwerken, bei denen eine Stunde erforderlich ist, um alle Arbeiter in den Schacht einzulassen, wird also der einzelne Arbeiter nur acht Stunden unter Tag zubringen. Welche Bedeutung jener Auslegung zukommt, liegt auf der Hand; hoffentlich bleibt sie der Regierung bei der Durchführung des Gesetzes gegenwärtig. Daß der Beamte, der im Namen der Regierung diese wichtige Erklärung gab, wegen seiner Rede im Hause größlich beschimpft, ja aus dem Sitzungssaale förmlich hinausgeworfen wurde, gehört zu den Wahnsinnigkeiten, an denen das österreichische Parlament so reich ist. Hofrat Jechner, der allmächtige Gebieter des Bergbauwesens im Ackerbauministerium, hat nämlich für den Erdbauzustand in Galizien den Achtstundentag verordnet und damit Zustände ein Ende gemacht, die nicht nur den einfachen Grundbesitzern des Bergbaues widersprachen, sondern auch unerhörte Opfer an Menschenleben verschuldet haben. Ueber die Maßregel beschwerten sich insbesondere die Besitzer und Pächter der kleinen Gruben: der socialpolitische Fortschritt bedeute ihren Ruin! Zum Dolmetsch dieser schädigen Anschauungen machte sich im Hause der Lemberger Abgeordnete Dreiler — ein Mensch, der sich „unabhängiger Socialist“ nennt, aber hauptsächlich ein zweideutiger, dem galizischen Sumpfboden entsprossener „Antikorrupsionist“ ist. Er beschuldigte Herrn Jechner, jene arbeiterfreundliche Maßregel im Interesse der Ländereigenen gemacht zu haben, der es als Besitzerin der großen Gruben erwünscht sein müsse, wenn die kleinen Unternehmer die Arbeiter nicht mehr nach Willkür ausbeuten dürfen. Herr Jechner repliciert erregt, verteidigte sein Vorgehen und beklagte sich, daß er ob seiner dem Bergbau wie der Arbeiterklasse so unendlich nützlichen Maßnahmen Gegenstand „schmutziger Angriffe“ geworden sei. Er nannte zwar keine Namen, aber Herr Dreiler bezog das Wort auf sich, machte einen Skandal, und da man zum Skandal und namentlich zur Enttäuschung der im österreichischen Abgeordnetenhaus immer willige Helfer findet, so entwickelte sich gegen Herrn Jechner ein regelrechtes Schimpfbombardement, das mit dem geradezu physischen Hinabstürzen des Regierungsvertreters endete. Nicht viel hätte gefehlt und er hätte Prügel bekommen! Und das deshalb, weil er nicht still blieb, als man ihn aus dem Gembe beschimpfte, weil er eine vernünftige Maßregel verfügt hatte! Es sind aber durchaus keine Arbeiterfeinde, die über ihn hergefallen sind. Sondern das machen die Hinterwäldlerhuten, die sich in diesem so nahe dem Orient stehenden Parlamente eingenistet haben, das macht die Lust am Straßhül, die Sucht nach marktstreiferischen Effekten!

Einen erfreulichen Beschluß hat der Wasserfragen-Ausschuss gefaßt, er bezieht sich auf die socialpolitischen Maßnahmen bei dem Bau der Kanäle und bei den Flußregulierungen.

Sobald einer der Banten in Angriff genommen wird, werden Gewerbe-Inspektoren ernannt, denen die Ueberwachung der betreffenden Bau-, Erd- und Wasserarbeiten zusteht. Der Gewerbe-Inspektor hat in dem von ihm alljährlich zu erstattenden Berichte genaue Angaben über die Lohn-, Wohnungs- und Sanitätsverhältnisse der Arbeiter, sowie über die Art der Arbeitsvergebung und über die Arbeitszeit zusammenzustellen. Zur Ueberwachung des sanitären Zustands der bei den Banten beschäftigten Arbeiter sind besondere ärztliche Organe zu bestellen. Da die österreichische Gewerbeordnung die Tagelöhner von dem Geltungsbereich der socialpolitischen Bestimmungen ausschließt, werden ausdrücklich alle Kategorien von Arbeitern, die bei den Wasserbauten beschäftigt sind, der Gewerbeordnung untergeordnet. Eine im Ausschusse angenommene Resolution fordert die Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die sanitäts-polizeilichen Vorschriften streng gehandhabt werden, daß für die Unterkunft der Arbeiter in entsprechender Weise vorgehen und ihren Nahrungsverhältnissen das nötige Augenmerk zugewendet werde, dies insbesondere, um die Arbeiter vor Ueberverteilung und Verleitung zur Trunksucht zu bewahren, wobei zu erwägen wäre, inwieweit Wohnung und Verköstigung von der Bauverwaltung selbst beigestellt werden könnten. Alle diese Anträge sind fast ohne Widerspruch angenommen worden, die Regierung hat ihnen ausdrücklich zugestimmt. Dagegen hat der Antrag unster Genossen: bei Vergebung von Arbeiten an private Unternehmer diese zu verpflichten, nicht geringere als die vom Handelsministerium festgesetzten Löhne zu bezahlen,

bei den bürgerlichen Parteien keinen Anklang gefunden; für die Idee der Minimallohne ist Oesterreich noch nicht reif.

Während sich der Gedanke des Arbeiterschutzes bei den Wasserstraßenbauten als festgewachsen erwies, ist der Versuch, ihn auch in dem Investitionsgesetz, dem Eisenbahnbau, im Gesetz festzulegen, gescheitert. Die Abweisung der betreffenden Anträge, die unser Verfassung Dr. Ellenbogen im Ausschusse und im Hause sehr beredt verteidigt war aber vornehmlich von der Erwägung diktiert, daß dem Hause bereits eine leigere Vorlage zugegangen ist, die den ganzen Komplex des Arbeiterschutzes beim Eisenbahnbau regeln will, und daß es also nützlich scheint, dieses Gesetz rechtzeitig fertigzustellen, als dem Bauprogramm dringende Gelegenheitsbestimmungen anzuhängen.

Oesterreich-Ungarn.

Hälsner „begnadigt.“ Die „Bohemia“ teilt mit, daß der bekanntlich zweimal wegen Mordes verurteilte Leopold Hälsner vom Kaiser Franz Joseph begnadigt worden sei, worauf der oberste Gerichtshof das Todesurteil in lebenslänglichen schweren Kerker verwandelt habe. Antisemitische Blätter schrieben durch diese „Begnadigung“ des angeblichen Ritualmörders bereits in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt. Der Kassationshof, der die Revision Hälsners verwarf, erklärte seiner Zeit in seiner Urteilsbegründung, daß für einen Ritualmord keinerlei Kavalitätspunkte vorliegen. Jeder anständige Mensch sollte sich freuen, daß durch die „Begnadigung“ Hälsners wenigstens die Möglichkeit eines Ritualmords ausgeschlossen ist. Daß die österreichischen Antisemiten ihren reichsdeutschen Gefinnungsgenossen an Keinheit der Gesinnung noch überlegen sind, beweist folgender Vorgang im österreichischen Parlament, über den die ultramontane „Köln. Volkszeit.“ in der Nummer vom 25. Mai wie folgt berichtet:

Gestern kam es im Abgeordnetenhause zu einem Skandal: der christlich-soziale Abg. Schneider brachte völlig betrunkene eine Interpellation ein, warum Hälsner noch nicht gehängt sei, und ob denn auch die Minister von den Juden bestochen seien? Auf die Einwürfe anderer Abgeordneten antwortete er mit Beschimpfungen. Es ist sehr zu beklagen, daß die christlich-soziale Partei solche Elemente nicht abstößt.

Schweiz.

Die russischen Reise-Zuschriften im Berner Kantondrat. Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Das auf die Beschwerde des russischen Gesandten in Bern vom Bundesrat der Berner Kantonsregierung ausgeübte Bedauern über die unbeanstandete Mitführung jener Zuschriften im Reisekoffer hat unsere Genossen im Berner Kantonsrat zu einer Interpellation veranlaßt darüber, ob es damit seine Wichtigkeit hat und in welcher Weise die Regierung des Kantons Bern gehandelt, in Zukunft abzufälligen weiteren Verjahren des schweizerischen Bundesrats, sich verfassungswidrig in die Souveränitätsrechte eines Kantons einzumischen, wie ihm entgegensteht. Die Interpellation begründete in einer längeren vorzüglichen Rede unser Genosse Zraggen, der frühere Oberstaatsanwalt des Kantons Bern. Er bezeichnete das Herumtragen der Zuschriften „Hoch die Revolution in Rußland!“ und „Nieder mit der zarischen Despotie!“ als eine durchaus erlaubte Kritik eines Regierungssystems, die kein Vergehen gegen das Völkerrecht darstelle, und die durch Artikel 77 der bernischen Staatsverfassung geschützt sei. Wollte man diese Freiheit der Meinungsäußerung auf die Wünsche auswärtiger Regierungen hin preisgeben, so läme man in der Schweiz bald zu Zuständen, wie man sie in Deutschland unter dem Socialisten-Gesetze hatte, ohne daß ein solches Gesetz bei uns existiere. Wenn der Bundesrat dem russischen Gesandten die Zusicherung gegeben habe, daß „ähnliche Vorkommnisse“ sich nicht wiederholen würden, so sei diese Zusicherung völlig wirkungslos. Er frage die Regierung, wie sich der Bundesrat die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung vorstelle, ob etwa durch Spionage oder durch den Polizeispißel? In ihrer Antwort erklärte die Regierung den bundesrätlichen Tadel für unbegründet, betonte die Wahrung der kantonalen Souveränitätsrechte und schloß sich dem Gesandten zu Entgegenkommen gegenüber dem Bundesrat, für den die ganze neue Aktion eine Niederlage bedeutete.

Schweden.

Der Militarismus hat mit der Annahme des Gefegentwurfs über die Neuordnung des Heereswesens einen Fortschritt gemacht, der dem Volke teuer genug zu stehen kommt. Wenn auch die Regierung von den ursprünglichen Forderungen etwas nachgelassen hat, besonders bezüglich der 365tägigen Dienstzeit, die noch vor acht Tagen als das unbedingt Notwendige bezeichnet wurde, so stellt doch auch die jetzt beschlossene 240tägige Dienstzeit eine bedeutende Mehrbelastung des Volkes dar; — dauerte doch bisher die Dienstzeit nur 90 Tage, die noch dazu, mit Ausnahme der der Kavallerie, auf zwei Jahre mit je 68 und 22 Tagen verteilt waren — und auch die jährlichen Ausgaben sind in dem Vergleichsvorschlag um kaum eine Million verringert worden; sie werden jetzt auf 44 066 134 Kronen berechnet.

Als der Staatsminister den Vergleichsvorschlag im Reichstag verlas, sagte er unter andrem, daß dieser Vorschlag, abgesehen von seinen Mängeln, zu deren Abhilfe sich wohl Entwicklungsmöglichkeiten bieten würden, einen Fortschritt bedeute. — Die Regierung giebt sich also offenbar der Ansicht nicht unbedingten Hoffnungen hin, daß der Reichstag sich in Zukunft wohl noch entgegenkommender zeigen werde.

In der ersten Kammer wurde der Vergleichsvorschlag mit 118 gegen 22, in der zweiten mit 126 gegen 98 angenommen.

Frankreich.

Marokko giebt nach. Nach Pariser Meldungen giebt Marokko Frankreich in allen Punkten Genugthuung, jedoch in der Angelegenheit der Ernennung des französischen Vizekonsuls und der Angelegenheit Boncampas, als auch hinsichtlich der schwedischen algerischen Fragen. Ein Minister des Sultans ist nach Pragagnan abgereist, von wo ihn der große Kreuzer „Pothuan“ nach Tanger führen wird. Der Minister hat den Auftrag, die Erfüllung der angenommenen Bedingungen seitens Marokkos sicherzustellen.

Eine außerordentliche Gesandtschaft, an deren Spitze ein Minister des Sultans stehen soll, wird nach Paris entsandt werden.

Spanien.

Eine Versammlung der katalanischen Partei, an welcher 300 Vertreter teilnahmen, begann am Sonntag in Larraga ihre Verhandlungen um eine katalanische Vereinigung zu schaffen, welche besser als bisher für die Entwicklung Kataloniens arbeiten soll.

Madrid, 26. Mai. Die Senatswahlen ergaben nach den bisher vorliegenden Meldungen eine starke Majorität für die Regierung.

Der Boeren-Krieg.

Die Boeren im Kapgebiet.

Dem „Neuterischen Bureau“ wird aus Widdelsburg vom Montag gemeldet: Der Vormatich der vereinigten Boerenkommandos unter Krüzingers noch Süden ist bei Bamboosberg durch die raschen Bewegungen der Abteilung Goringe und anderer Abteilungen unterbrochen worden. Die Boeren wandten sich, als sie den Weg versperren fanden, nach Nordosten. Heute wurden Kommandant Malan und Lieutenant Cloete, die in einem Gefecht mit der Abteilung Müllers verwundet wurden, als Gefangene nach Cradoc gebracht. Malans Kommando ist zerstreut.

Einer amtlichen Meldung zufolge ist Schaeper's Kommando in die Berge nördlich von Kordelen gedrängt worden. 600 Boeren haben am 23. d. M. in zwei Abteilungen südwärts marschierend 7 Meilen östlich von Theba die Eisenbahn gekreuzt.

Der Berichterstatter der „Times“ in Cradoc schildert die Bewegungen Krüzingers, der mit einem Kommando, dessen Stärke

auf 600 bis 800 Mann geschätzt wird, auf dem Marsche von Altwal North nach Maraisburg begriffen ist. Unweit dieses Ortes nahmen die Boeren eine Patrouille von 41 Mann berittener Midlandbüchsen nach hartnäckigem Widerstande gefangen. Sonntag stand Krüzingers 55 Meilen nordöstlich von Cradoc der Kolonne des Obersten Scobell gegenüber. Heiße Kämpfe werden in den nächsten Tagen erwartet.

Sonstige Scharmügel.

Nach einem Telegramm Lord Rithgers aus Pretoria von gestern machten die Boeren mit überlegenen Streitkräften am 23. einen energischen Angriff auf einen Convoi zwischen Ventersdorp und Potchefstroom. Der Angriff wurde abgebrochen, auf englischer Seite wurden vier Mann getötet und 30 verwundet, der Convoi wurde glücklich an seinem Bestimmungsort gebracht.

Oberst Wilson versuchte mit einem Teile von Rithgers' Jägern das Kommando Beyers zwischen Ruitstroom und dem Sandriver zu umzingeln. Der Versuch mißlang aber, da die in den Rücken des Feindes gesandten Truppen zu spät ankamen. Es entspann sich nur noch ein Gefecht mit der Nachhut. 18 Boeren wurden gefangen genommen, 40 Wagen, Munitionsvorräte und Vieh erbeutet. Der Feind bestand zum größten Teil aus Ueberreitern. Auf britischer Seite wurde einer getötet und 6 Mann verwundet.

Verluste.

London, 27. Mai. Lord Rithgers meldet aus Pretoria, seit seinem letzten Telegramm über Verluste der Boeren seien 63 Boeren getötet und 26 verwundet worden, 267 seien gefangen genommen und 88 hätten sich ergeben. Ferner seien 246 Gewehre, viel Munition, 179 Wagen sowie eine Anzahl Pferde und andres Vieh erbeutet worden.

Die Verluste der Engländer auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz betragen für den 27. Mai 2 Tote, 17 Verwundete, 18 an Krankheiten Verstorbene und 2 Schwerverrannte.

Die Pest.

Amlich wird mitgeteilt, daß in London am 19. d. M. aus Kapstadt zwei aus der Garnison von Maseking stammende Soldaten angekommen sind, welche an der Pest erkrankt sind.

Die Zahl der bis zum 26. d. M. in Kapstadt vorgekommenen Erkrankungen an der Pest beträgt insgesamt 608, hiervon haben 308 Fälle mit dem Tode geendet.

Aurufung des Haager Schiedsgerichts.

Eine Petersburger Meldung behauptet, daß die beiden Boeren-Republiken durch ihre Vertreter im Haag, Dr. Hendrik Müller und Dr. Leyds, sich an den internationalen Schiedshof im Haag gewendet hätten, mit dem Ansuchen, durch einen schiedsrichterlichen Ausspruch den südafrikanischen Krieg zu beenden. Sie hätten sich bereit erklärt, dem Ausspruch des Schiedsgerichts sich unbedingt zu unterwerfen, und daran erinnert, daß die Republiken immer gewünscht hätten, diesen Weg der Verständigung zu gehen.

Der dritte französische Parteitag.

Lyön, 26. Mai.

Erster Verhandlungstag. — Eröffnungssitzung.

Der Kongreß tagt in der großen Halle der Földes-Vergäre, die vielleicht noch geräumiger ist als der Bagram-Saal, das Lokal des letzten Pariser Parteitags und des Internationalen Kongresses von 1900. Die Delegierten sind eben wieder viel zahlreicher als es im Interesse einer geordneten Diskussion notwendig wäre, trotzdem die Guesdisten, wie bereits mitgeteilt, dem Kongreß ferngeblieben sind und trotzdem jeder Delegierte bis zu 10 Mandate vertreten darf.

Nach einer vorläufigen Aufstellung sind insgesamt über 2000 Mandate vertreten.

Die Delegierten sind wieder nach Sonderorganisationen im Saale gruppiert. Die Delegierten der „revolutionär-socialistischen Partei“ und der verwandten Organisationen sitzen, wie immer, links. Sie bilden eine verhältnismäßig kleine Minderheit. Die Zahl ihrer Mandate beträgt etwa 300.

Die Tribüne ist mit roten Fahnen geschmückt, über dem Präsidium hängt eine rote Standarte mit der Aufschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Wird der Ehrener Kongreß die Einigung der Proletarier Frankreichs wenigstens anbahnen? Ein Gefühl der Unsicherheit scheint der vorbereitende Stimmungston zu sein; schon der Verlauf der ersten Sitzungen ist im Dunkeln verborgen. Von zwei Kämpflagern kam diesmal kaum die Rede sein, denn die Linke zeigt von Anfang an, daß sie bis auf weiteres dem Kongreß als Zuschauerin beizuwohnen gedenkt.

Der Kongreß wird von Briand, dem Sekretär des Generalkomitees, erst um 11 1/2 Uhr vormittags eröffnet, da die Mandatsprüfungskommission noch heute vormittag zu arbeiten hatte, um die im letzten Augenblick eingegangenen Mandate zu prüfen.

Ins Bureau werden gewählt: Professor Angaqueur, Bürgermeister von Lyön, zum Vorsitzenden, Geraut-Richard, Chefredakteur der „Revue Républicaine“, und Deputierter Renou (Klemani) zu Beisitzern. Die Linke enthielt sich der Abstimmung. Vaillant, zum Beisitzer vorgeschlagen, erklärte, seine Partei wolle nicht im Bureau vertreten sein.

Dasselbe Bureau wird gleich für die Nachmittagsitzung bestätigt.

Angaqueur dankt für die Wahl nicht in seinem eigenen Namen, denn er habe bisher der socialistischen Partei noch wenig Dienste geleistet, sondern namens der Ehrener Demokratie und der socialistischen Föderation des Rhone-Departements. Vorsitzender mocht zur Toleranz und zur Eintracht: tatsächliche Meinungsverschiedenheiten dürfen und nicht spalten, über das Ziel, das Ideal, sind wir einig. (Beifall rechts.)

Vergütungsdepeschen sind eingelaufen vom Generalrat der belgischen Arbeiterpartei, der Exekutive der englischen Independent Labour Party und von einigen französisch-socialistischen Gruppen.

Der Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission verliest einen summarischen Bericht. Gegenüber den Vorwürfen, die Mandatslisten wären nachlässig aufgestellt worden, hebt er hervor, daß die Irrtümer der Listen davon herrührten, daß viele Gruppen es unterlassen hätten, rechtzeitig ihre Mandate bezw. ihre Proteste gegen unrichtige Eintragungen einzureichen. Die endgültige Liste werde im stenographischen Kongressprotokoll veröffentlicht werden. Die Kommission hat übrigens eine Anzahl Mandate zurückgewiesen.

Eine peulische Debatte über die Mandate der Föderation des Gard-Departements endet mit deren Anerkennung durch die Mehrheit. Briand verweist auf die gewissenhafte Arbeit der Kommission, in welcher ja auch die Minderheit vertreten sei.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Paris, 27. Mai. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet vom 27. Mai: Die gestrigen und heutigen sehr stürmischen Debatten des Ehrener Socialistischen Kongresses betrafen ausschließlich die Resolution Delaporte, welche erklärt, daß Millerand mit dem Eintritt in die Regierung aufgehört habe, Vertreter der Arbeiterpartei zu sein. Jaurès und seine Anhänger setzten schließlich mit 342 Stimmen Mehrheit durch, daß die Resolution an eine Kommission verwiesen wird, die bis morgen eine mildere Form finden und den Abfall der Blanquisten verhindern soll. Der Kongreß begann unterdessen das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei zu diskutieren, an welcher Debatte die Blanquisten jedoch nicht teilnahmen, da sie ihre weitere Mitarbeit von dem Resultat der Kommissionsarbeit abhängig machen.

Paris, 28. Mai. Das „Bureau Herold“ meldet: Der Socialistische Kongreß nahm eine Protestresolution gegen die Chinaexpedition sowie gegen die Ausweisung italienischer Socialisten an.

Ferner hat der Kongreß mit 210 gegen 117 Stimmen den Antrag angenommen, welcher sich für die Ausschließung des Handelsministers Millerand aus der Partei ausspricht. Dieses Votum gab Anlaß zu einer sehr erregten Debatte, in welcher die Antiministeriellen die Mehrheit hatten. Es entstand ein Handgemenge, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Schließlich wurde die Sitzung aufgehoben.

Im Gegensatz hierzu meldet das Bolssche Bureau:

Lyön, 28. Mai. Der Socialistische Kongreß lehnte mit 210 gegen 188 Stimmen einen von Delaporte eingebrachten Antrag ab, welcher dahin geht zu erklären, Millerand habe sich außerhalb des Rahmens der socialistischen Partei gestellt dadurch, daß er ein Parteifeuille in einem bürgerlichen Ministerium angenommen hat. Infolge dieses Beschlusses verließen die Delegierten der revolutionären socialistischen Partei den Kongreßsaal.

Sechster Parteitag der polnisch-socialistischen Partei.

Gnesen, 26. Mai 1901.

Zum erstenmale sollte der Parteitag der polnischen Genossen in den polnischen Provinzen selbst stattfinden. Der Parteitag gelang es jedoch, den Parteitag in letzter Stunde zu verhindern. Auf die Anmeldung, die am 16. d. M. erfolgt war, kam am 25. d. M. der Bescheid, daß die Abhaltung der Versammlung aus bau- und sicherheitspolizeilichen Gründen verboten sei. Am Sonntag früh kamen die Delegierten aus verschiedenen Gegenden an; der weite Weg war aber umsonst. Unter Polizeiaufsicht wurde die Reise nach Berlin unternommen. Am nächsten Morgen begannen die Verhandlungen im Englischen Garten in Berlin.

Berlin, 27. Mai 1901.

Um 2 Uhr eröffnet Genosse Verfus die Verhandlungen. Im Namen der Socialistischen Partei Russisch-Polens sprach Genossin Dr. Golde einige Begrüßungsworte.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Bericht des Parteivorstands“, referierte Morawski-Berlin. Er gab im einzelnen die Anzahl der verbreiteten Flugblätter wieder. Die Auflage der „Gazeta Robotnicza“ beträgt 1600 Exemplare. 82 000 Flugblätter, besonders gegen die Getreidebegleichung wurden verbreitet. Nach Polen und mehreren deutschen Emigrationsstädten und Westfalen wurden Genossen zur Agitation entsandt. In Oberschlesien ist seit Februar dieses Jahres Genosse Haase agitatorisch thätig, seit einigen Wochen betreibt Genosse Karwil in Posen die Agitation.

Kassierer Thiel-Berlin giebt den Kassenerbericht. Nach diesem ist eine Ausgabe von 7386,90 M. gewesen, der eine Einnahme von 7614,64 M. gegenübersteht. — Die Controlreue Goscinski-Berlin und Wejsta-Brzy bitten um Entlastung des Kassierers.

Karwil-Posen ist durch den Bericht des Vorstands nicht zufrieden. Im Lande selbst habe der Vorstand seine Pflicht nicht gethan. Er hat sich nicht bemüht, geeignete Leute zur Uebersiedelung nach Posen zu veranlassen und hat nur einige Leute auf wenige Tage zur Agitation entsandt.

Genossin Dr. Golde-Posen: Das Recht, den Vorstand zu kritisieren, haben nur diejenigen Genossen, welche selbst mehr gearbeitet haben.

Merlowski-Berlin: Die Posenen Genossen haben einen großen Teil der Schuld. Es ist dort einigen Leuten gelungen, die Beziehungen der Genossen zu dem Vorstand zu stören. So wurden unsere Genossen verstimmt und haben den Kampflager verlassen. Seitdem untre Karpatz in Posen ist, ist keine Ruhe dort. Für einen Agitator, der in Posen thätig sein könnte, hatten wir leider kein Geld.

Haase-Königsbütte: Ich war jetzt einige Tage in Posen und habe mich bemüht, die Parteiverhältnisse dort kennen zu lernen. Es ist fast unerklärlich, daß die Mehrzahl der Genossen nicht zu uns gehörten. Dies ist mir nur dadurch erklärlich, daß alle diese Genossen sich nur denen angeschlossen haben, welche dort energisch gearbeitet haben, während unsererseits die Arbeit ruhte. Seit einiger Zeit jedoch haben unsere Genossen die Agitation wieder aufgenommen. Seitdem ist auch ihr Verhältnis zu den Genossen, welche sich um das Gewerkschaftskartell gruppieren, besser geworden. Ich habe gesehen, daß beide Seiten sich zu verständigen bemüht sind. Es ist selbstverständlich, daß die Genossen von der andren Seite die vollständige organisatorische Selbstständigkeit unserer Partei anerkennen müssen. Auf dieser Grundlage ist eine baldige Einigung zu erhoffen, zumal Karpatz aus Posen weggegangen ist.

Wierbinski-Gnesen will eine Verständigung mit den Posenern. Gogowski habe ihm gegenüber erklärt, daß er die polnisch-socialistische Partei als selbständig nicht anerkenne.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch Karwil und Winkszkewicz. — Die Mandatsprüfungs-Kommission erstattet ihren Bericht. Es sind 22 Delegierte, 2 Revisoren und der Parteivorstand anwesend. (Ein Teil der Delegierten konnte der großen Entfernung wegen nicht erscheinen.)

Morawski-Berlin referiert hierauf über „Unsre Stellung zu den Gewerkschaftsverbänden.“ Seine Ausführungen betonen streng die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Centralorganisation und innerhalb dieser die Pflege des socialistischen Geistes. Winkszkewicz will Agitation für Lokalorganisationen, Wierbinski für centralisierte Gewerkschaften. Auch die andren Redner treten sämtlich für die Ausführungen Morawskis ein.

Folgende hierauf bezügliche Resolution fand Annahme: „Der Parteitag beschließt, daß die polnischen Genossen zu der politischen und gewerkschaftlichen Organisation gehören müssen. Wo im Lande und in der Emigration keine polnisch-socialistische Organisationen bestehen, müssen solche gegründet werden.“

Hierauf wurden die Tagungen des I. Verhandlungstags geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. In einer Volksversammlung in Wien sprach der Genosse Adler über die Alkoholfrage. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgende interessante Stellen: Wir haben gelernt, daß der Alkoholismus eine Krankheitsform des Kapitalismus ist, die nur mit dem Kapitalismus verschwinden wird; richtig ist das aber nicht. Ebenso gut können wir sagen, daß es unsinnig ist, die Unwissenheit, die ja gewiß nur eine Erziehungsform der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, ausrotten zu wollen, da sie nur mit dem Kapitalismus verschwinden kann. Wahr ist, daß die Schäden des Alkohols durch den Kapitalismus begünstigt werden. Zum Dank dafür begünstigt der Alkoholismus den Kapitalismus, indem er das Volk über seine eigene Lage täuscht. Gestehen wir uns es offen: Wenn nicht mehr Schnaps und Bier getrunken würde, als nötig ist, sich über den Hunger hinwegzutäuschen, würde der Finanzminister ein erheblich schlechteres Geschäft machen. (Heiterkeit.) Man sagt oft, die Leute haben kein Geld, Zeitungen und Broschüren zu kaufen. Bräut, wie ich war, bin und sein werde (Heiterkeit), erwidere ich: Trinkt nur ein Krügel Bier weniger, und Ihr könnt Broschüren genug kaufen. Unsre Beschreibungen laufen nicht auf Enttägung hinaus, wir wünschen vielmehr, daß alle Menschen alles genießen können, was genießenswert ist. Der Alkohol vermehrt aber nicht die Summe unsrer Lebensgenüsse, sondern vermindert sie. (Beifall.) Macht es nicht mehr Freude, ein gutes Buch zu lesen oder mit vernünftigen Genossen über vernünftige Dinge zu reden? Im wie viel präciser, energischer würde unsre politische Arbeit verrichtet werden, wenn der Unstand, daß schon manche hoffnungsvolle Parteigenossen dem Alkohol verfielen, nicht wie ein Schwergewicht auf sie gedrückt hätte! Nicht nur Hygiene und Vernunft, sondern auch das Interesse der socialen Bewegung, der wir dienen, verlangt von uns, daß wir mit aller Kraft den Alkoholismus bekämpfen — bei uns und bei den andern. (Stürmischer Beifall.)

Der Jaren, „Zusatz“ entkommen. Ueber die Flucht des russischen Parteigenossen Pilsudski wird dem Krakauer Parteiblatt „Kopiec“ aus Warschau berichtet:

Dem Redacteur des Warschauer Partei-Organ, „Robotnik“ (Arbeiter), dem Genossen Pilsudski, Mitglied der polnischen sozialistischen Partei, ist es gelungen, aus den Händen der Gendarmen zu entkommen. Pilsudski wurde im Februar 1900 in seinem Hause in Lodz, wo sich auch die geheime Druckerei befand, verhaftet. Die Polizei beschlagnahmte damals außer einer Menge Drucksachen und Schriftstücken auch die Auflage des soeben fertiggestellten „Robotnik“. Genosse Pilsudski ist schon früher das Ziel polizeilicher Verfolgung gewesen.

Nach einem mißlungenen Attentat gegen den Jaren Alexander III. wurde er verhaftet wegen angeblicher Beteiligung an der Verschwörung. Nach einiger Zeit gelang es ihm, ins Ausland zu fliehen. Aber bald darauf kehrte er unter Führung eines falschen Namens nach seiner Heimat in Rußland-Polen zurück, wo er bald die Seele der sozialistischen Propaganda wurde. Die sozialistische Partei Polens, der er sich angeschlossen hatte, betraute ihn mit der gleich rühmlichen wie gefährlichen Aufgabe, ein sozialistisches Parteiblatt in Rußland-Polen zu begründen, dessen geheime Drucklegung und Redaktion zu übernehmen.

Diese Aufgabe wurde vom Genossen Pilsudski glänzend gelöst. Sechs Jahre lang hat er es verstanden, den „Robotnik“ herauszugeben, ohne daß die Polizei und die Gendarmen, denen einzelne Nummern des Blattes bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen öfters in die Hände fielen, trotz unermüdlicher und rücksichtslosster Spitzelerei den Ort der Druckerei entdecken und erfahren hätte, wer die Redaktion besorgt. Es kam so weit, daß die Warschauer Polizei, um sich nicht vor dem Minister des Innern zu blamieren, sich demselben gegenüber äußerte, daß der „Robotnik“ im Auslande erscheine und eingeschmuggelt werde. Durch einen unglücklichen Zufall ist bei einer Hausdurchsuchung Genosse Pilsudski mit der geheimen Druckerei zusammen in die Hände der Polizeisergeanten gefallen, die anfänglich keine Ahnung davon hatte, welche Leute sie erhascht haben.

Schon über ein Jahr dauerte die „Untersuchung“ wegen vieler „Verbrechen“ unfruchtbarer Genossen. Genosse P. wurde bald aus dem Warschauer Polizeigefängnis nach Petersburg übergeführt. Dort simulirte er eine Geistesstörung mit solchem Erfolg, daß man ihn in ein Irrenhaus zu überführen mußte glaubte. Dank der Hilfe eines jungen Arztes ist es dem Genossen Pilsudski gelungen, diese Anstalt zu verlassen. Der betreffende Arzt hat ihn angeblich zu Beobachtungszwecken auf sein Zimmer besohlen und beide entlassen. Erst nach 12 Stunden bemerkte man, daß Arzt und Patient spurlos verschwunden waren.

In Warschau cirkulirt das Gerücht, es wäre P. bereits gelungen, über die Grenze zu entkommen.

Totenliste der Partei. Genosse Heinrich Schröder, ein alter Kämpfer des Proletariats, ist am 5. Mai in Hohlhale in Massachusetts verstorben. Schröder ist als Mitglied des Deutschen Arbeitervereins schon von den sechziger Jahren an in Altoona thätig gewesen. Er ging 1873 nach Amerika, wo er in Hohlhale ein kleines Cigarrengeschäft eröffnete. Durch besondere Ausdauer und Fleiß brachte er sein Geschäft auf eine solche Höhe, daß es ihm eine sichere Existenz bot. Unter den dortigen Deutschen war Heinrich Schröder hervorragend thätig. Er gründete eine Sektion der socialdemokratischen Partei und ist bis zu seinem Tode Mitglied derselben gewesen.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— In 80 Mark Geldstrafe wurde Genosse Albert, Redacteur des „Sächsischen Wochenblatts“ in Widau verurteilt, weil er die Directoren der dortigen Wilhelm-Schächte beleidigt haben sollte. Der Anklage lag ein Artikel zu Grunde, in welchem einer der üblichen Anschläge, die den Arbeitern allerlei Strafen androhen, besprochen worden und im Anschluß daran behauptet war, daß es den Arbeitern gar nicht möglich sei, die sogenannte „Dunte“ zur Zufriedenheit des Bauers zu füllen, da der Füllort u. s. w., vor allem aber die Bauerei, die oft sehr vernachlässigt sei, das nicht zulasse. Ferner würden den Arbeitern sehr häufig ungerechtfertigte Lohnabzüge gemacht, und zwar läme das so häufig vor, daß die Arbeiter schließlich aus Mangel alles das erduldeten. Schuld daran sei das getrennte Gedinge.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Am die Arbeiterschaft Berlin!

Die Barbier- und Friseurgehilfen sehen ihren Streit fort. Von den Meistercorporationen sind bis heute keine Einigungsvorschläge gemacht. Viele Meister, die am Sonnabend vor Pfingsten den Lohnstreik anerkannt hatten, sind wortbrüchig geworden. Infolgedessen legten gestern viele Gehilfen die Arbeit nieder und traten in die Reihen der Streikenden. Es ist dadurch die Erbitterung der Gehilfen gestiegen, und eine Zusammenkunft der Streikenden beschloß einstimmig, die organisierten Kollegen, welche noch in Arbeit sind, aufzufordern, ebenfalls die Arbeit niederzuliegen. Der Gehilfenmangel ist zur Zeit ein großer, da in der Sommerfaison die Nachfrage eine größere ist.

Ueber die Einrichtungen, die wir zur Unterstützung des Streiks getroffen haben, sind Beschwerden eingelaufen, in einigen Lokalen waren keine oder zu wenig Gehilfen vorhanden. Die Schuld trifft uns nicht, da am Sonnabend noch so viele Meister bewilligt, daß die Reihen der Streikenden stark gelichtet wurden. Die Gehilfen erlauben daher um eine gerechte Verteilung der Sachlage seitens der Arbeiterschaft. Man hatte auch beschlossen, im Norden von der Einrichtung zahlreicher Barbierstuben Abstand zu nehmen, weil die freie Meistervereinsung hauptsächlich dort ihren Sitz hat. Jedoch muß nachdem die Meistervereinsung sich noch keiner Verhandlung zugänglich gezeigt hat, die Rücksicht fallen. Besonders bitten wir die Arbeiterschaft im Osten nach Kontrollkarte zu fragen, weil dort die Jannung mitten in der Hochburg der Arbeiterschaft ihren Sitz hat und am schwersten zur Anerkennung unserer Forderungen zu bewegen ist. Außerdem werden hier die schlechtesten Löhne gezahlt und ist die längste Arbeitszeit üblich. Ein weiterer Umstand, weshalb wir nicht so pünktlich und zahlreich die Lokale besetzen konnten, ist der, daß die Polizei vor unserem Centralbureau nach allen Verbindungen vertreibt und das Wiederzusammentreffen damit erschwerte. In veränderten Geschäften bekamen auch die Kollegen ihr Handverkötzung vom Meister nicht heraus, so daß sie eine Arbeit nicht übernehmen konnten. Im großen und ganzen hatte sich die Zahl bemerkt und sie wird noch besser ausgefallen werden.

Die Streikkommission hat beschlossen, von jetzt ab, Mittwoch, den 29. Mai, morgens 8 Uhr bis 8 Uhr abends ununterbrochen an Wochentagen, an Sonntagen von morgens 7 Uhr bis nachmittags 1 Uhr die streikenden Gehilfen der Arbeiterschaft zur freien Verfügung zu stellen. Diese Kampfweise wird so lange beibehalten, bis endlich die drei Meistercorporationen zu Verhandlungen vor dem Gewerbericht erlösen.

Die bisher ausgegebenen Kontrollkarten haben keine Gültigkeit, von heute ab werden grüne veranlagt, andre und wödenlich nicht gestempelte haben keine Gültigkeit. Wir ersuchen, möglichst viel nach der Kontrollkarte zu fragen. Haben bis Donnerstag, den 30. Mai, keine Vereinigungsvorschläge stattgefunden, so proklamieren die Gehilfen den allgemeinen Generalstreik für Berlin eventuell auch für die Vororte Berlins. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, die streikenden Gehilfen zu beschützigen.

Die Streikkommission befindet sich im Restaurant Bauer, Rosenhallerstr. 57, und werden von dort aus alle Beschwerden über das Verhalten der Kollegen angenommen und geregelt.

Arbeiter, unterstützt uns in diesem Kampfe, nicht allein um Lohn- und Arbeitszeit handelt es sich, nein, auch um die Anerkennung unserer Organisation müssen wir kämpfen. Wenn die Arbeiterschaft hinter uns steht, wird unsere Forderung auf Jahre hinaus befriedigt werden.

Die Lohnkommission. J. A.: Paul Piers.

In der Berliner Volksbrennerei Abteilung 2 wurden am 28. Mai 28 Flaschenarbeiter gemahregelt, weil dieselben sich weigerten, ein Schriftstück zu unterzeichnen, das eine Verschlechterung ihrer Lohnverhältnisse bedeutete. Die Löhne wurden am 28. Mai vorigen Jahres mit dem Vorstände der Ringbrauereien und der Lohnkommission festgelegt. Jetzt bestrebt sich die Direktion der Berliner Volksbrennerei, die Löhne der ungelerten Arbeiter herabzudrücken. Dieses unbillige Aufnehmen der Direktion lehnten die gesamten Flaschenarbeiter ab und wurden ob der Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Direktor Heine insgesamt 28 Flaschenarbeiter gemahregelt. Alle Bestrebungen, diese Angelegenheit beizulegen, waren erfolglos.

In der Mägenfabrik von G. A. Hoffmann sind die Differenzen beigelegt und wird die Arbeit am 29. d. M. wieder aufgenommen. Der Vertrauensmann der Kürschner.

Charlottenburg. In der Thomawarenfabrik von Ernst Marsch u. Söhne befinden sich die Schleifer im Ausstand.

Ausland.

Das schottische Einigungsamt der Eisenindustrie beschloß, daß die Löhne der Eisenarbeiter sofort abermals um 5 Proz. herabzusetzen seien. Es handelt sich um eine gleiche Lohnskala, die von den Arbeitern mit den Unternehmern vereinbart ist.

In Rom ist ein Streik der Bauarbeiter ausgebrochen.

Die internationale Bergarbeiter-Konferenz in London nahm eine Resolution zu Gunsten des Achtstundentags an. Die fremden Delegierten sowie diejenigen Großbritanniens, mit Ausnahme von Durham, unterstützten den Antrag. Nordumberland war nicht vertreten. Auch die Deutschen haben keinen Vertreter entsandt, da sie gegen die jährliche Wiederholung des Kongresses sind und längere Pausen verlangen.

Socialies.

Zum Waldenburger Grubenunglück.

Die Ursache des furchtbaren Unglücks auf der dem Fürsten von Pleß gehörenden Kreuz-Grube im Waldenburger Revier wird wohl unaufgeklärt bleiben. Man vermutet, daß die Fahrlässigkeit eines Bergarbeiters den Brand verursachte, da ungefähr eine Stunde vor Entdeckung desselben eine Belegkammer durch den Luftschacht zum Schichtwechsel einführte. Durch ein acutlos fortgeworfenen brennendes Streichhölzchen kam die sog. Raue, das einfache Holzhäuschen, das den Eingang zum Schacht deckte, in Brand geraten sein. An ein baldiges Ablöschen war nicht zu denken, da die nächstgelegene Wasserleitung mehr wie 700 Meter entfernt lag und es zunächst an Schläuchen fehlte. Auch stürzte die brennende Raue bald in den Schacht hinein auf eine zwanzig Meter tiefer liegende Holzbohle und legte diese und die Zimmerung des Schachts sowie noch ein Kohlenflöß in Brand. Der starke Luftzug trieb die Brandgase nach unten und schnell waren die vielen Gänge und Wege von erstickendem Rauch und Qualm gefüllt, so daß es den plötzlich betäubten Bergarbeitern, die instinktiv der Auffahrt zustrebten, statt aufsteigen, nicht von den Brandgasen erfüllte Seitengänge aufzusuchen, nicht gelang, den tobdringenden Gasen zu entgehen. Auch die Rettungsmannschaften, die mit todesmüthiger Kühnheit eindrangten, mußten immer wieder zurückweichen, obwohl jeder einzelne Mann mit einer Handtasche, gefüllt mit flüssigem Sauerstoff, ausgerüstet war. Verunmuthlos stürzten die Braven zusammen und konnten nur mit größter Mühe wieder an das Tageslicht gebracht werden. Zwei der Gelben, Steiger Köhner und Hauer Fußermann, fanden bei den Rettungsarbeiten den Erstickungstod, während ein dritter Mann sich eine schwere Gehirnerschütterung dadurch zuzog, daß er mit dem Kopfe gegen ein stählernes Grubenreil rannte. Man setzte die luftreinigenden Ventilatoren der andern Schächte außer Thätigkeit, zündete auf Drahtrosten über den Schächten große Feuer an, um durch die sich entwickelnde Wärme und den so entstehenden Luftzug die Gase und den Rauch nach oben zu ziehen, auch gelang es, den Brand selbst nach einigen Stunden zu löschen. Alle opfermüthigen Anstrengungen aber waren vergeblich, niemand konnte gerettet werden und so fanden mit den beiden bei den Rettungsarbeiten Verunglückten 21 im besten Mannesalter stehende Arbeiter und Beamte ihren Tod. Sechzehn der Erstickten hinterlassen Frauen mit zusammen 26 Kindern. Unter den Opfern des neuesten Grubenunglücks sind auch brave Parteigenossen. Am dritten Pfingstfesttag wurden die auf dem Schichtfelde der Arbeit Befallenen gemeinsam beilattet unter fester Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung des Waldenburger Bergreviers.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Doch hat man den Drängen der Arbeiterschaft auf Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren insoweit Rechnung getragen, daß man für Berlin eine weibliche Assistentin anstellte.

Damit allein sind unsere Forderungen jedoch nicht erfüllt. Auch dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß durch diese Anstellung die Aufnahme von Beschwerden in einer solchen Weise vor sich gehen wird, wie es notwendig wäre.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Koststelle für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Frl. Vaader, Großpörschenstraße 88, zweiter Hof II. Frau Wauschke, Kottboderstr. 47, Hof II. Frau Dr. Wehl, Lothringersstraße 67, I. Frau Jung, Nischelstraße 26, Hof II. Frau Luz, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Reich, Ludenstr. 3, Aufh. Aufh. IV. Frau Tisch, Blumenstr. 63, I rechts. Frau Sprung, Engel-Ufer 4a, 2. Hof II.

Sprechzeit jeden Mittwochsabend von 7-9 Uhr. Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, II. Flureingang. Vormittags 9-1 und nachmittags 6 bis 8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektorin Fräulein Reichert, Georgenkirchplatz 21, ist jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

China.

Die Entschädigungsfrage.

Die „Times“ melden vom Montag aus Peking: Die Entschädigungsfrage wird voraussichtlich im Sinne des englischen Vorschlags, der mit wachsendem Wohlwollen betrachtet wird, zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden. Die verbündeten Mächte werden den Erlaß eines kaiserlichen Edikts fordern, in welchem die Verpflichtung Chinas, den Wächtern 450 000 000 Taels, zuzüglich der Zinsen, zu zahlen, zugestanden wird. Dann werden die Mächte mit der Räumung beginnen. China wird bereit sein, nachzugeben. Graf Waldersee hat den Wünschen aller Verbündeten nachgegeben, bereits das Gebiet der fremden militärischen Okkupation beschränkt. Den Chinesen wird gestattet, wieder die Gerichtsbarkeit auszuüben.

Das Oberkommando

über den Rest der internationalen Chinamannschaften wird, wie ein Blatt nach guten Informationen mitteilen zu können glaubt, wahr-

scheinlich in die Hände eines französischen Generals gelegt werden. Ob Deutschland aus Abwägung einen derartigen Vorschlag gemacht hat?

Die Hauptschuldigen.

Waldersee meldet aus Peking: „Russische Konsularmeldungen stimmen darin überein, daß Lungtschang mit wenig Truppen in der Provinz Kansu, wo er stark beobachtet wird, Tsuan mit zehn Begleitern als Flüchtling in der Mongolei, wo die Bevölkerung sich ruhig verhält, ist, was mit meinen Nachrichten übereinstimmt.“

Ueber den Rücktransport der deutschen Truppen wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Kiel geschrieben: „Angehts der bevorstehenden Rückkehr der Hauptmacht unserer in China weilenden Landtruppen und Seesoldaten werden folgende Angaben interessiren: Nachdem die Dampfer „Kauischou“, „Stuttgard“ und „Wittelsind“ über 800 kriegsunbrauchbare Offiziere und Mannschaften der Heimat zugeführt haben, stehen im ganzen noch kaum 22 000 Mann auf chinesischem Boden. Die Truppen setzen sich aus folgenden Formationen zusammen: 8 Infanteriebrigaden und 3 Seebataillone, im ganzen 15 Bataillone, 1 Reiterregiment zu 4 Schwadronen, 8 fahrende, 1 Feldhaubitze, 1 Gebirgs- und 2 schwere Batterien, im ganzen 12 Batterien mit 68 Geschützen, ein Pionierbataillon, ein Eisenbahnbataillon, dazu Munitions- und Proviantkolonnen, Pferde depot, Feldbäckerei, Sanitätscompagnie. Von diesen Truppen bleiben in Nordchina rund 3500 Mann und in Tsingtau das dritte Seebataillon zurück. Da allen Angehörigen nach im Pangtschegebiet, das noch einer scharfen Ueberwachung bedarf, außer den Kriegsschiffen ein starkes Detachement Infanterie auch fernher stationiert wird — seit der Ankunft des zweiten Expeditionskorps lagen nämlich in Shanghai 400 Mann —, so ergibt sich für China ein künftiger Truppenbestand von 5400 Mann. Die dauernd im Marinendienst befindlichen Dampfer „Galatia“ und „Krefeld“ können 3000 Mann befördern. Demnach ist noch Raum für reichlich 18 000 Mann erforderlich. Die Beförderung der drei Expeditionskorps im Sommer 1900 beanspruchte die Ermietung von 20 Dampfern. Für die Heimsendung von 13 000 Mann müßten mindestens 12 Dampfer gechartert werden. Es befindet sich auf dem Wege nach Ostasien beziehungsweise in den ostasiatischen Gewässern eine stattliche Anzahl Hamburger und Bremer Dampfer, die sich zum Teil für den Truppentransport verwenden lassen. In japanischen Häfen ankern „Segovia“, „Arcadia“, „Ambria“, „Hamburg“ und „Preußen“. Die Dampfer „Rhein“, „Sachsen“, „Silesia“, „Würzburg“, „Bayern“, „Kauischou“, „Straßburg“ haben die Fahrt nach Ostasien angetreten. Außerdem weilen in Australien oder sind auf dem Wege dorthin zwei Lohbdampfer, die als Transportschiffe herangezogen werden können. Das erste Expeditionskorps unter Generalmajor v. Höpfner, 2500 Seesoldaten, verließ mit „Wittelsind“ am 3. Juli Wilhelmshaven, das zweite Expeditionskorps unter Generalleutnant v. Plessel, 11 000 Mann folgte in den Tagen vom 29. Juli bis 4. August, und das dritte und letzte Corps unter Generalmajor v. Trotha, 7000 Mann, ging in der Zeit vom 31. August bis 8. September von Bremerhaven ab. Seit dem 5. Mai befindet sich ein Dampfer mit 1800 Mann Ablösungstruppen für das Kreuzergeschwader auf der Fahrt nach dem Osten.

Die amtliche Verlustliste

aus Ostasien Nr. 13 weist 69 Mann auf. Es werden gemeldet: Bei der Explosion in Honu-schan am 22. April 1 Loter und 2 Leichtverwundete; bei dem Besetzt an der großen Mauer am 23. April: 4 Tote, 13 Schwerverwundete, von denen einer inzwischen verstorben ist, und 80 Leichtverwundete. Außerdem werden als gestorben gemeldet 7 und als vermißt 2 Mann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 28. Mai. (B. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Der vollständige Text der 30 000 Worte umfassenden Entscheidung des Bundes-Obergerichts in betreff Portoricos läßt dieselbe als durchaus imperialistisch erscheinen. Danach findet die Verfassung nur auf die wirklichen Staaten, deren es gegenwärtig 45 giebt, Anwendung, während alle Territorien, wie auch Portorico und die Philippinen, vom Kongreß nach Gutdünken verwalet werden können. Indessen genießen die Bewohner doch gewisse, durch die Verfassung festgelegte Rechte, wie Religionsfreiheit und Pressfreiheit, da dem Kongreß ja ausdrücklich in der Verfassung verboten ist, solche Freiheiten anzutasten.

Frankfurt a. M., 28. Mai. Heute nachmittag kurz vor 5 Uhr stüß in der Nähe der Haltestelle „Forschaus“ im Frankfurter Stadtwald der Blitz in einen an der Straße stehenden Baum, unter welchem sechs Personen Schutz gesucht hatten. Drei Frauen, ein Mann und zwei Kinder wurden verletzt; zwei davon sind dauernd gelähmt, während sich die anderen nach der ihnen bald zu teil gewordenen Hilfe seitens der Rettungsgesellschaft wieder erholten.

Budapest, 28. Mai. (B. Z. V.) Der Ausstand in den Reichs- und Eisenwerken der östreichisch-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft dauert fort. Die Behörde intervenirte, ohne ein Resultat zu erzielen. Auf Anraten des Komitats-Vizegouverneurs begab sich ein höherer Beamter der Gesellschaft nach Budapest, um die Direktion zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört. Die Arbeiterschaft beschloß in einer heutigen Versammlung, an der Forderung des zehntägigen Arbeitstags festzuhalten.

Konstantinopel, 28. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Telegr. Korresp.-Bureaus.) Infolge Ausbruchs der Pest im Sandtschak Kfir (Wilschet Jemen) ordnete der oberste Sanitätsrat eine zehntägige Quarantäne für alle Provenienzen aus Kfir an.

London, 28. Mai. (B. Z. V.) Der amtliche Bericht über die Hungersnot in Indien besagt, daß 445 000 Personen Unterstützung erhalten.

Brüssel, 28. Mai. (B. Z. V.) Nach einer Depesche des „Petit bleu“ aus Haag von 8 Uhr abends ist dort eine amtliche Depesche eingegangen, welche einen bedeutenden Sieg meldet, den die Boeren am 2. d. Mts. bei Kalkbevel in der Nähe von Pretoria erzwungen haben. Die Boeren standen unter dem Oberbefehl von Beyers, Unterbefehlshaber Delareys, und unter dem Befehl Brittenbachs. Die Engländer verloren 49 Tote, 159 Verwundete, 600 Gefangene und 6 Geschütze.

Pretoria, 27. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Als der Boerenkommandant Schöman mit seiner Familie und Freunden geflohen in seinem Hause eine als Kuriosität zurückbehaltene Lybbit-Granate besichtigte, zersprang das Geschöß. Schöman wurde sofort getödtet, seine Tochter tödtlich, Frau Schöman und zwei andre Personen schwer verwundet. — Schöman hatte sich in der letzten Zeit im Interesse des Friedens verwendet, und wurde, nachdem er sich bei der Besetzung Pretorias durch die Engländer ergeben hatte, von den Boeren gefangen, jedoch bei der Besetzung von Pietersburg von den Engländern befreit. Seit dieser Zeit wohnte Schöman in Pretoria.

Pretoria, 28. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Oberst Colenbrander, welcher eine Schwadron von Kingners Jägern kommandirt, nahm über 50 Boeren in der Nähe von Pietersburg gefangen.

Die italienische Parteipresse.

Im „Rouvement Socialiste“ giebt der italienische Genosse Schiabi, Redacteur am „Avanti“, eine Schilderung über die Verhältnisse der Partei. Wir entnehmen diesem Artikel folgende interessante Einzelheiten:

Der Parteikongress in Florenz im Jahre 1896 beauftragte die Parteileitung, unverzüglich die Gründung eines der Partei gehörigen Centralorgans in die Wege zu leiten, da die in Privatbesitz befindlichen Organe keinen Erfolg zu verzeichnen hatten. Die „Votta di classe“, damals das Centralorgan (Wochenblatt) erließ einen Aufruf, in welchem um Beiträge zum Preifonds ersucht wurde. Genosse Ferri unternahm eine Agitationstour zu Gunsten der geplanten Gründung und bald waren 100 000 Fr. teils vierteljährlich aufgebracht, teils garantiert, und außerdem zeichneten zwei Parteigenossen 40 000 Fr.

Kunmehr wurde eine fiktive Cooperativgenossenschaft gegründet, um zu verhindern, daß die Polizei die Maschinen usw. beschlagnahmen kann. Genosse Vissolati wurde als Director (Verleger), Morgari als Geschäftsführer bestellt; die Anstellung des Redaktions- und Expeditionspersonals ist diesen beiden überlassen.

Am 25. Dezember 1897 erschien die erste Nummer des „Avanti“. Das Abonnement beträgt pro Jahr 15 Fr., Ueberschüsse hat das Blatt bisher noch nicht abgeworfen. Die Auflage stieg im ersten Jahr bis 14 000, wovon aber nur 3500 feste Abonnenten; 10 500 Exemplare werden durch Straßenverkauf abgesetzt. Heute beträgt die Auflage 20 000 und der „Avanti“ nimmt unter den Tagesblättern in Rom die dritte Stelle ein.

Seit seinem Bestehen hat das Blatt einen unaufhörlichen Kampf gegen Polizei und Gerichte zu kämpfen gehabt. Durch die Censur ist die Presse in Stallen auf Gnade und Ungnade der Willkür des Staatsanwalts verfallen; gegen die socialistische Presse läßt die Staatsanwaltschaft selbstverständlich ihrer Verfolgungslust die Fingel schieben. Der „Avanti“ wurde oft 5, 8, 8, einmal sogar 14 Tage hintereinander konfisciert. Zweimal haben Vissolati und Morgari selbst die Zeitungen auf der Straße angerissen, weil die Polizei alle andern Verkäufer davon hinderte. Gegen diese beiden war die Polizei machtlos, sie waren geschützt durch ihr Abgeordnetemandat. In den vier Jahren drei Monaten hat der „Avanti“ insgesamt 150 Konfiskationen zu erleiden und 30 000 Fr. Strafe zu zahlen gehabt.

Nach dem Attentat des Acciarito gegen den König führten 1. r. ausgewiegelte Pöbel die Geschäftsräume des Blatts, zerbrach die Fensterscheiben und verletzten den Genossen Morgari; die Polizei ließ ruhig gewähren. — In den Monaten des Jahres 1898 wurden sämtliche Redactoren verhaftet. Aber der „Avanti“ ist trotzdem jeden Tag, wenn auch nicht immer in dem üblichen Umfange, erschienen; Ferri und andre sprangen in die Höhe. Einen bündigen Beweis seiner Lebenskraft gab das Unternehmen, indem es nun die Maschinen und die Typen, die es bisher nur gemietet hatte, in Eigenbesitz übernahm.

Die Leiden waren damit freilich noch nicht beendet, eine Reihe Prozesse folgten, von denen teilweise heute noch die Kosten zu zahlen sind. Einmal sind aus dem Bureau der Verwaltung auch 5000 Fr. gestohlen worden. Alles dies hat aber nicht verhindern können, daß das Blatt schöne moralische Erfolge errungen hat. In dem Obstruktionskampf wider das reaktionäre Ministerium und die Kammermehrheit hatte der „Avanti“ mit der socialdemokratischen Partei die Führung; die Brutalitäten der Polizei hat das Blatt mit rücksichtsloser Schärfe ans Licht gezogen, namentlich im Fall Frezzi. Der Genosse Frezzi, der verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden war, hatte sich dort angeblich das Leben genommen; der „Avanti“ stellte fest, daß ihn die Wundärzte dort zu Tode mißhandelt hatten.

Das Blatt deckt sich heute vollkommen, jedoch werden die Sammlungen zum Preifonds noch immer fortgesetzt und haben diese bisher schon über 65 000 Fr. gebracht.

Ueber die Verhältnisse der Redaktion wird folgendes gesagt: Der Redaktionsstab besteht aus dem Director, einem Chefredacteur und 4 Redacturen. Die Arbeitszeit ist auf 5—8 Stunden täglich festgesetzt, je nach Lage der zu bewältigenden Arbeit. Jeder Redacteur erhält einen Monat Ferien. Als Redacture werden nur Socialdemokraten eingestellt. Für bürgerliche Blätter zu schreiben fühlen diese kein Bedürfnis. (Es möge hier eingefügt werden, daß der Artikel zu dem Zweck geschrieben ist, den französischen Parteigenossen die italienischen Verhältnisse zu schildern; die socialistische Schrifsteller Frankreichs lassen sich dagegen vielfach auch herbei, für bürgerliche Blätter zu schreiben. Red. d. „Vorw.“). Soweit Zeit übrig bleibt, schreiben die Redacture des „Avanti“ Artikel nur für socialistische Revuen oder für ausländische Parteiblätter, um die Genossen des Auslands über die Bewegung in Italien zu unterrichten.

Als ausländische Korrespondenten für den „Avanti“ funktionieren Parteigenossen, die sich in den Hauptstädten der verschiedenen Länder aufhalten.

Der Vertrieb der Zeitung in der Provinz erfolgt durch geeignete Parteigenossen und auch Berufsverläufer; ihre Ueberwachung geschieht durch die Genossen am Orte.

Die Annoncen unterstanden früher der Verwaltung selbst, jetzt ist aber die letzte Seite des Blatts an ein Inseratenbureau verpachtet; jedoch hat sich die Verwaltung das Recht vorbehalten, Inseraten, die gegen die guten Sitten verstößen, die Aufnahme zu verweigern. Das Blatt steht unter der Kontrolle der Gesamtartei, welche diese durch die Kongresse ausübt. Nach den gleichen Grundsätzen wird demnachst in Turin der „Guido del Popolo“ gegründet werden.

Außer dem „Avanti“ existieren noch 62 Wochenblätter, die den Lokal- bezw. Provinzialverbänden unterstehen. Einige von diesen haben eine Auflage von je 10 000 Exemplaren; insgesamt werden auf diese Weise wöchentlich noch etwa 300 000 socialdemokratische Blätter verbreitet.

Ferner erscheint in Turin der „Germinal“ als Halbmonatsschrift für kommunale Angelegenheiten, und in Mailand die „Critica Sociale“. Diese beiden, sowie der „Sempere avanti“ (Zimmer vorwärts), ein Agitationsblatt, und „L'Asino“ (Der Esel), ein satirisch-humoristisches Blatt, befinden sich in Privatbesitz von Parteigenossen. Ihre Auflage geht von 4000 bis 14 000 Exemplare.

Mißverständnisse über Mißverständnisse.

Wenn die kritischen Socialisten und Marxisten kritisieren, entdecken sie, und mit Recht, eine Reihe sehr erheblicher grundsätzlicher Differenzen. Uebt aber untereinander an ihnen Kritik, dann verschwinden plötzlich die grundsätzlichen Verschiedenheiten und an ihrer Stelle tauchen eine Reihe von Mißverständnissen auf. So verfährt nach berühmten Mustern auch Kampfmeher.

Ich soll ihn gründlich mißverstanden und ihm bitter unrecht gethan haben. Ich sehe jedoch, nach Durchlesung seiner Verächtigung, nicht den mindesten Grund, von dem, was ich gesagt, etwas zurückzunehmen.

Die Grundlage seiner Schrift bildet die Kritik der Ansichten eines Zusammenbruchs-Theoretikers, den Kampfmeher, wie ich ihm vorwärts, nicht näher bezeichnet und der thatsächlich nie existiert hat. Daraus berichtigt er, er weise deutlich auf Marx und die Genossin Luxemburg hin. Es ist richtig, er spricht von den beiden, aber sein Zusammenbruchs-Theoretiker ist weder Marx noch Luxemburg. So sagt er einmal von ihm: „Der Zusammenbruchs-Theoretiker muß dem großen Propheten des Alten Testaments wieder arg ins Handwerk pfuschen, wenn er mit unumstößlicher Gewißheit das Anbrechen einer Ära des schrankenlosen Credits verkündet.“

Wo ist dieser schaurige Zusammenbruchs-Theoretiker zu finden? Ich beharre dabei, daß es Kampfmeher schwer fallen dürfte, ihn lebend oder ausgeblüht zu präsentieren, und solange er dies nicht thut, beweist seine „Verächtigung“ nur, daß er selbst nicht weiß, was er geschrieben.

Mein zweites Verbrechen besteht darin, daß ich Kampfmeher eine Operation vorwerfe, deren ich mich selbst schuldig mache. Er schreibt: „Denen wir und die Gewerkschaften föderiert, so haben wir den industriellen Staat im Auge“; ich bin dagegen der höchsten Ansicht, daß der industrielle Staat dadurch, daß wir ihn denken, noch lange nicht verwirklicht ist. Daraus hin belehrt mich Kampfmeher, daß wir von der Zukunft nichts wissen, und daher über sie nur „Hypothesen, Denkmöglichkeiten“ vortragen können. Auch ich mache von solchen Gebrauch, wie meine Annahme zeige, daß die ökonomische Entwicklung die Tendenz habe, die gesamten Produktionsmittel eines Landes, ja aller kapitalistischen Länder in einer Hand, einer Firma zu vereinigen.

Dieser Behauptung muß ich die andre entgegensetzen, daß Hypothesen nicht bloße „Denkmöglichkeiten“ sind, sondern Annahmen, deren Wahrheit sich leicht aus bekannten feststehenden Thatsachen ergelien wird. Die Konzentration des Kapitals ist eine solche Thatsache, und in den Tagen, da der Morganische Trust die wichtigsten Eisenbergwerke und Eisenhütten, einen großen Teil der Kohlenruben und Eisenbahnen der Vereinigten Staaten, sowie eine ganze Oceanflotte in seiner Hand vereinigt, liegt diese Entwicklungstendenz klarer als je zu Tage. Uebrigens, nebenbei bemerkt, daß wir es hier nur mit einer Tendenz zu thun haben, die ihr Endziel nie erreichen wird, daraus habe ich in meiner Schrift über das Erfurter Programm selbst hingewiesen. Geht also meine Annahme von einem thatsächlich vor unsren Augen sich vollziehenden Vorgang aus, so glaube ich dagegen gezigt zu haben, daß die von Kampfmeher vorgebrachte „Denkmöglichkeit“ höchst unwahrscheinlich ist.

Auf diese Seite der Frage, die wichtige und entscheidende, geht Kampfmeher jedoch nicht ein.

Ich werfe ihm vor, er halte es für möglich, daß die Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft dahin kämen, ihren Angehörigen ein anfändiges Einkommen, eine gesunde Werkstatt, eine geregelte Arbeitszeit zu „garantieren“. Er berichtigt, daß auch ich mit „Denkmöglichkeiten“ operiere.

Und demselben Charakter tragen alle seine „Verächtigungen“. Selbst wenn sie berechtigt wären, was keineswegs der Fall, würden sie nur Neben-sächlichliches berichtigen und an dem Kern der Sache vorbeifuschen.

Es wäre eine zu große Zanjutung an die Geduld meiner Leser, wollte ich dies im einzelnen nachweisen. Nur auf eine von Kampfmeher's „Verächtigungen“ sei hier noch hingewiesen.

Ich hatte bemerkt, daß Kampfmeher bloß den Socialisten kritisch gegenüberstehe, die der heutigen Gesellschaftsordnung kritisch gegenüberstehen, dagegen kritischlos von den bürgerlichen Oekonomen alle ihre Erwartungen von der Verbesserung der Lage des Proletariats übernehme. Daraus berichtigt er, daß er in seiner Schrift einen einzigen bürgerlichen Oekonomen über die Lage der englischen Arbeiter eiterte, daneben aber über denselben Gegenstand zwei Socialisten reden lasse, Engels und Sidney Webb.

Die Verungung auf Engels sollte er gerade nicht besonders hervorheben. Es gehört zu den schlechten Manieren der neuen kritischen Socialisten, daß sie Marx und Engels grundsätzlichsch belämpfen, gelegentlich aber antufen, um aus vereinzelt Sätzen das Gegenteil dessen zu schließen, was diese beiden beweisen wollten. Kampfmeher will uns glauben machen, Engels habe von der Hebung der Lage der englischen Arbeiter ebenso günstig gedacht, wie der Schönfärber Kostig und er, Kampfmeher, selbst. Aber in der von Kampfmeher angezogenen Vorrede kam Engels zu folgendem Ergebnis: „Wenn selbst unter der unerschörten Ausdehnung des Handels und der Industrie von 1848 bis 1868 die Arbeiterklasse solches Elend durchzumachen hatte, wenn selbst damals ihr große Masse im besten Fall nur eine vorübergehende Verbesserung ihrer Lage erfuhr, während nur eine kleine, privilegierte, geschäftliche Minorität dauernden Vorteil hatte, wie wird es sein, wenn diese blindevnde Periode endgültig zum Abschluß kommt, wenn die gegenwärtige drückende Slagnation sich nicht nur noch steigert, sondern wenn dieser gesteigerte Zustand ertötenden Drucks der dauernde, der Normalzustand der englischen Industrie wird?“

Aus einer Abhandlung, die zu diesem Resultat kommt, reißt Kampfmeher einige Sätze heraus, um daraus wie aus Kostig und Webb zu schließen: „Alle diese Thatsachen scheinen und eine fröhliche, herzerquickende Aussicht auf ein allmähliches Aufsteigen der gesamten Arbeiterklasse zu eröffnen.“ (S. 20.)

Wirklich, sehr fröhlich und herzerquickend, diese Methode, Engels das Gegenteil dessen beweisen zu lassen, was er beweisen will. Wo aber Kampfmeher auf Engels nicht das Gegenteil seiner wirklichen Anschauungen herausreißt, tritt er ihm ablehnend, kritisch gegenüber. Ebenso gilt seine Kritik Rosa Luxemburg, dem Zusammenbruchs-Theoretiker, dem Erfurter Programm und Karl Marx. Auf der andern Seite hält er es für möglich, daß die Gewerkschaften der Arbeiterklasse ein anfändiges Einkommen garantieren, daß die Arbeitszeit im heutigen Staate schon allgemein und reich genug verkürzt wird, um eine Vereinfachung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen, daß die bloße Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft zu einer erheblichen Einschränkung der Arbeitslosigkeit und zur Hebung des Proletariats führe. Das sind Affusionen, welche die socialistische Oekonomie stets belämpft hat und deren Haltlosigkeit so klar zu Tage liegt, daß völlige Kritiklosigkeit gegenüber der bürgerlichen Oekonomie und eine starke Hinneigung zu ihr vorhanden sein muß, soll man sie übernehmen und vertreten.

Wie kommt Kampfmeher also dazu, meine Behauptung zu berichtigen, daß er bloß den der kapitalistischen Produktionsweise feindlichen Socialisten kritisch gegenüberstehe, dagegen von den bürgerlichen Oekonomen ihre Erwartungen kritischlos übernehme?

Wo sind meine Mißverständnisse und Irrtümer? Es ist doch eine unnütze Verschwendung unsrer Zeit und der unsrer Leier, wenn Kampfmeher den ihm zur Abwehr zu Gebote stehenden Raum statt mit einer sachlichen Vertheidigung seiner Grundsätze mit einer Jagd nach Mißverständnissen ausfüllt, die gar keine Mißverständnisse sind.

Ist aber nicht die gesamte Diskussion überflüssig? Wollen wir nicht praktisch dasselbe, bei allen theoretischen Differenzen, und ist nicht die Praxis das Entscheidende? Sind wir nicht alle einig in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaften und Genossenschaften, der politischen Aktion in Staat und Gemeinde zur Verwirklichung sozialer Reformen? Sind wir nicht alle in gleicher Weise davon überzeugt, daß wir jede Gelegenheit benutzen müssen, heute schon die ökonomische und politische Macht des Proletariats zu vernehmen, es physisch, intellektuell, moralisch zu heben? Sollte es da nicht von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung sein, von welchen Voraussetzungen wir dabei ausgehen und welche Erwartungen wir daran knüpfen?

So scheint es. Thatsächlich sind unsre theoretischen Gegen-

sätze von der größten praktischen Bedeutung. So lange wir der Ansicht sind, daß der Gegensatz zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse sich immer mehr zuspitzt, und der Einfluß der Kapitalistenklasse im Staate immer mehr steigt, so daß es für die Arbeiterklasse immer notwendiger wird, die Staatsgewalt zu erobern, und so lange wir auf dem Standpunkt stehen, daß erst durch die Eroberung der Staatsgewalt die wesentlichste Vorbedingung jeder fruchtbareren socialen Umgestaltung gewonnen werden kann, wird die socialdemokratische Partei in einem unersöhnlichen Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien bleiben und fortwähren, den Mittelpunkt der gesamten Arbeiterbewegung zu bilden, das gewerkschaftliche und das genossenschaftliche Leben sowie die Thätigkeit der Arbeitervertreter in Staat und Gemeinde mit ihrem Geiste zu erfüllen. Alle Kräfte des Proletariats werden in innigern Vereinen zusammenwirken, und dieses die höchste Summe von Macht entfalten, die es unter den gegebenen Verhältnissen aufbieten kann.

Sind wir dagegen der Ansicht, daß die socialen Gegensätze sich mildern, daß das Proletariat vor keine großen, entscheidenden revolutionären Kämpfe um den Besitz der ganzen Staatsmacht mehr gestellt wird, daß es die Grundlagen zur Entwicklung der socialistischen Gesellschaft bereits errungen hat und nichts mehr braucht, als schrittweise auf diesen Grundlagen in einzelnen weiterzubauen, dann wird der bei fortwährender Arbeitsteilung in der Arbeiterbewegung ohnehin zunehmende Drang nach ihrer Zerstückelung in Teilbewegungen übermächtig. Dann erhalten wir isolierte Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen, die wieder nach bürgerlichen und lokalen Interessen auseinanderfallen, eine Reihe einzelner kommunalbewegungen, die nicht nach großen politischen Gesichtspunkten sondern nur nach Augenblickserwägungen für Augenblickserfolge organisiert werden, und ein Streben nach Sondervorzügen in der staatlichen Politik, wonach die Stimmen der Arbeiter der jeweilig am meisten Mietenden unter den regierungsfähigen Parteien zufallen.

Sicher kann man auch bei dieser Politik, deren Typus die englische Arbeiterpolitik ist, eine Zeitlang ziemlich weit kommen, aber die Arbeiterklasse verurteilt sich dadurch zur Ohnmacht bei jeder großen staatlichen Aktion, bei der es mehr gilt, als kleine Augenblickserfolge. In gewaltigen Katastrophen, die keinem Staate erspart bleiben, in denen es gilt, alle Nachtmittel anzusammeln, um sich zu behaupten und zu bewahren, muß die nach englischen Muster zerstückelte Arbeiterbewegung völlig versagen.

Ob Kampfmeher und Genossen es wollen oder nicht, die von ihnen propagierte Richtung bildet ein Element der Zerstückelung der Socialdemokratie. Diese ist zu stark, als daß sie durch äußeren Druck noch gefährdet werden könnte. Nur die innere Zerstückelung könnte ihr gefährlich werden. Man würde freilich mit diesen Elementen der Zerstückelung leicht fertig werden, wenn sie es vermöchten, die Konsequenzen ihrer eigenen Anschauungen zu ziehen und zu vertreten. Und darum ist es für sie allerdings am vorteilhaftesten, wenn sie alle Verurtheile ihrer Kritiker, die Konsequenzen ihrer Richtung klarzulegen, als mehr oder weniger böswillige Mißverständnisse empfinden.

Zwölfte Generalversammlung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands.

Kassel, 20. Mai.

Die Sitzung wurde gegen 8 1/2 Uhr morgens von dem Verbandsvorsitzenden Heinrich Müller-Vochum mit einem herzlichen „Gut auf“ eröffnet. Der Vorsitzende machte den Delegierten zu Beginn der Versammlung die traurige Mitteilung, daß am Freitagnachmittag in Waldenburg in den Fürst Plessischen Gärten ein großes Grubenunglück vorgekommen ist, bei welchem leider 20 brave Knappen ums Leben gekommen sind. Zu Ehren der Verunglückten erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen. Als Leiter der Versammlung wurden gewählt Reichstags-Abgeordneter S a c h s e -Gruhdau, Müller-Vochum und Schröder -Dortmund. Der Verbandsvorsitzende giebt Johann den Jahresbericht über die Bewegung der Berg- und Hüttenarbeiter und den Stand des Verbandes. Die wichtigsten Ergebnisse haben wir bereits besprochen. Hauptächlich läßt Redner sich über die Thätigkeit der Unternehmer-Epiboliten aus und bemerkt dazu, daß dieselben es vollauf verstanden, ihren Profit zu erhöhen, dagegen haben sie den Aufgaben im wirtschaftlichen Leben nicht gerecht werden können, denn nicht ist von den Subsidien gesehen, um bei der Krise die Produktion zu regeln. Redner bedauert lebhaft das Verhalten des Bergarbeiterführers August Weist, seine Arbeit sei für die Bergarbeiterbewegung keine nutzbringende gewesen. Unser Verband wird auch ferner den streng neutralen Standpunkt einnehmen.

Im Anschluß an das Referat erstattete der Kassierer Johann Meyer-Vochum den Kassenbericht, und die Kontrollkommission stellte der Führung der Bücher das denkbar günstigste Resultat aus. Der Ausschuss hält eine Vernehmung der Rechtschutz-Bureau für durchaus wünschenswert. An diesen vorerwähnten drei Referaten knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion. Im Verlaufe derselben führte S a c h s e -Gruhdau aus: Das Zusammengehen mit dem christlichen Gewerksverein hat der Bergarbeiterbewegung im allgemeinen keinen Vorteil gebracht, man mag dem christlichen Gewerksverein nur ruhig allein machen lassen, wozu er Lust hat, dem Vorstände kann ich die Debitte mit auf den Weg geben: einen Schritt mehr nach links. (Der Redner erhält Widerspruch aus der Versammlung.) Zur Rechtschutzfrage war S a c h s e -Gruhdau der Meinung, daß nur den organisierten Arbeitern, oder höchstens den Invaliden und Witwen der Rechtschutz erteilt werden solle, in keinem Falle aber denjenigen, die die monatlichen Ausgaben der Mitgliedsbeiträge scheuen. C h e r t -Laer beschwert sich darüber, daß die Kameraden, welche auf dem Verbandsbureau in Vochum im Interesse des Verbandes zu thun haben, von dem Vorstände rücksichtslos behandelt werden. Man läßt die Leute einfach eine Zeit stehen, ohne sich um ihr Anliegen zu kümmern, das muß für die Folge geändert werden. Schröder -Dortmund nimmt den Vorstand insbesondere den Vorsitzenden Müller gegen den erhobenen Vorwurf in Schutz und meint, wenn so wie Vorredner schildert verfahren werde, so liegt das an dem Naturell des Vorsitzenden und an seiner Arbeitsüberbürdung. Nach Erlebigung einiger persönlicher Bemerkungen wurden folgende Entwürfe zum Vorstandsbericht beraten bezw. angenommen. I. Dem Gesamtvorstande ist Decharge zu erteilen. II. Jedes Jahr findet in allen größeren Revieren, wo das Bedürfnis vorhanden ist, eine Vertrauensmänner-Versammlung statt zwecks Ausbaur des Verbandes und Erörterung gewerkschaftlicher Fragen. Der Vorstand besorgt die Einladung. III. Es soll auf dem Verbandsbureau so eingerichtet werden, daß ein jeder mit seinem Anliegen sofort beschiedigt wird.

Nach Annahme dieser Entwürfe wurde die von uns schon bekannt gegebene Resolution zu den Lebensmittelfällen einstimmig angenommen.

Ueber den Punkt der Tagesordnung: Die Presse und ihre Entwicklung, referierte Redacteur Otto H u b -Essen. Redner führte aus: Wir stehen vor einem kritischen Zeitpunkt, die Leiter des christlichen Gewerksvereins werden voranschreitlich nach den letzten Vorkängen schwerlich mit uns zusammengehen, trotzdem sind wir verpflichtet, mit den Mitgliedsreihen des Gewerksvereins treue Kameradschaft zu pflegen, denn sie sind auch unsre Kameradschaften. Unser Verband muß aber fest auf neutralem Boden bleiben, trotzdem einige Personen im andern Lager den Einflüssen der Drohtzettel Behör scheuen. In der darauffolgenden Debatte bemerkt Redacteur Langh o r s t in Bezug auf seinen Kollegen H u b, daß man die Neutralität nicht allzu sehr auf die Spitze treiben soll. Was würde H u b wohl gethan haben, wenn beispielsweise in Waldenburg neben Kamerad Sachs e auch noch

Freien durch die Beauftragten der sozialdemokratischen Partei ist eine ungerechte Aussperrung. Die Handlungsweise der Vertrauensleute, welche den Musikern nicht den tarifmäßigen Lohn zahlten, jedoch es zuließen, daß sich Unternehmer wie Dirigent Graf im IV. Wahlkreise (Osten) mit ungeheurem Verdienst die Taschen füllen konnten, sowie durch die Beschäftigung von Lehrlingskapellen. Die Lehrlingspflicht erzieht, erscheint uns als ein Verstoß gegen die Prinzipien der sozialdemokratischen Partei, was entschieden zu verurteilen ist. Um weiteren Konflikten vorzubeugen, erachtet die Versammlung es für notwendig, sich für die Zukunft mit der am Ort befindlichen bürgerlichen Musiker-Organisation auf eine tarifliche Basis zu stellen, unsere Organisation nach allen Richtungen weiter auszubauen und mit den Vertrauensleuten der Partei zeitig in Verhandlung zu treten. Die Lohnkommission.

Freier Diktatorklub. Heute, Mittwochsabend 7 1/2 Uhr, im Lokal von Polat, Königgräferstr. 39. Diktation über: Unternehmerrisiko und Arbeitslohn. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 24. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Paroche. — Der russische Imperialismus und Deutschlands China-Abenteuer. 2. Die Wüste in China. Von M. Walter. — Die Krise im englischen Unterrichtswesen. Von Jakob Brodke. — Macchiaioli der Jüngere. Von R. Kautsky. — Aus ein moderner Dienstmädchenroman. Von Siegfried Weinberg. — Notizen: Der „Rosenkranz“ und Wiltbrand. Die Vollziehung in Deutschland vom 31. Dezember 1900. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat. — Heufluten: In der Stadt. Von Anton Fischerow. Aus dem Russischen überetzt von Eugenie Klorin. (Schluß.)

Vermishtes.

In Hamburg lief am Sonntag das große Ziel an der Ecke der Schanzengrabenstraße voll Wasser, während zwölf Leute darin arbeiteten. Es ist noch nicht festgestellt, ob ein altes höher liegendes Ziel gebrochen oder ob das neue Ziel eingeschlagen ist. Die Feuerwehr hat durch große Pumpen bis heute vormittag das Ziel ausgepumpt. Von den zwölf Leuten sind neun gerettet. Man hofft auch die drei fehlenden Leute noch lebend vorzufinden. — Nach einer späteren Meldung der „Hamb. Börsenhalle“ ist es noch Montagabend gelungen, die drei eingesperrten Leute aus ihrer schrecklichen Lage zu befreien, nachdem sie 29 Stunden im Schacht gefesselt hatten. Die Arbeiter waren nur für acht Stunden mit Essen versorgt und waren sehr matt, befanden sich aber sonst wohl. Die Stelle, wo sie lagen, war trocken, da eine Schachtöffnung durch den starken Luftdruck detari gehalten wurde, das Wasser nicht durchdrang. Die Ursache der Katastrophe war der Bruch eines alten Seiles, das in das neue mündete.

Ein Eisenbahnunfall wird amtlich aus Magdeburg vom Sonntag gemeldet: Heute mittag 1 Uhr fuhr nördlich vor Bahnhof Magdeburg der Schnellzug von Wittenberge auf einen zu weit vorgezogenen Rangierzug. Personen nicht verletzt. Materialschaden unbedeutend, Betrieb nicht gestört, Untersuchung eingeleitet.

Feuerbrunst. In dem Orte Sankt im Gubernement Ufa wurden durch eine Feuerbrunst 600 Häuser zerstört. 8000 Menschen sind infolgedessen obdachlos geworden.

Unfälle. Auf dem Kieler Kriegshafen kenterte am ersten Pfingstfeiertage ein Boot mit drei Insassen, zwei derselben

wurden getötet, einer erkrankt. — In Sonderburg erkrankten in der Nacht zum Montag bei einer Segelpartie drei Fischer vom dritten Bataillon des Regiments Königin (Schleswig-Holsteinisches) Nr. 86. — In dem Dorfe Großwallstadt bei Aschaffenburg wurden drei Personen, welche sich während eines Gewitters unter eine Wechshütte geflüchtet hatten, vom Blitz erschlagen. — In Bezug auf das Grubenunglück bei Cardiff erklärte der königliche Obermineninspektor für Süd-Wales, es sei unmöglich, daß von den in der „Univerfal“-Kohlengrube befindlichen Arbeitern noch irgend einer am Leben sei. Ueber die Ursachen der Explosion sei bis jetzt nicht das geringste bekannt. — Ein heftiges Unwetter richtete in der Ortschaft Esparragosa (Provinz Badajoz) große Verheerungen an. Eine Frau wurde getötet, mehrere Personen wurden verletzt. — Aus Prag wird gemeldet: Dienstagvormittag stießen auf Station Dvhrad zwei Personenzüge zusammen, wobei 14 Personen leicht, vier erheblich verletzt wurden.

Aus New York, 25. Mai, wird gemeldet: In dem Gebiete der Großen Seen hat während der letzten 24 Stunden ein Sturm gewüthet, wie er seit 15 Jahren nicht vorgekommen ist; eine Anzahl Schiffe ist gesunken, gestrandet oder stark beschädigt. Die Verluste an Menschenleben und sonstige Unglücksfälle sind noch nicht zu übersehen, da nur Berichte aus den Häfen und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft vorliegen.

Grubenunglück. Aus Dayton (Tennessee) wird berichtet: In der Highland-Grube, welche der Dayton Coal and Iron Company gehört, ereignete sich Montag eine Explosion, durch die 21 Mann ums Leben kamen und 9 schwere Brandwunden erlitten.

Die Londoner Blätter aus New York melden, wurden am gestrigen Sonntag in Albany bei einem Zusammenstoß zweier elektrischer Wagen fünf Personen getötet und 25 verletzt.

Marktpreise von Berlin am 25. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.		7. — 5. —	
Weggen, gut	14,40	Kartoffeln, neue, D-Gr.	1,00
„ mittel	14,40	„ do. „	1,00
„ gering	14,40	„ do. „	1,00
„ Roggen, gut	14,40	Schwefelkies	1,80
„ mittel	14,40	„ do. „	1,80
„ gering	14,40	„ do. „	1,80
„ Weizen, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Hafer, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Gerste, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Mais, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Weizen, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Hafer, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Gerste, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80
„ Mais, gut	18,80	„ do. „	1,80
„ mittel	18,80	„ do. „	1,80
„ gering	18,80	„ do. „	1,80

Produktenmarkt vom 28. Mai. Getreide. Die Tendenz des heutigen Getreidemarktes war in der Hauptsache matt. Am Frühmarkt zeigte sich einige Nachfrage nach Roggen und nach Futtergetreide, dagegen fand das im Mittagsverkehr hervortretende unbedeutende Angebot inländischer Ware geringe Begehrtheit. Die veräußerten, sind verschiedene Sorten russischer Weizen für baubige Lieferung für den heutigen Platz gehandelt worden, wozu man die in der zweiten Börsensunde hervortretenden Angaben in Brotgetreide zurückführte. Weizen mußte sowohl für nahe wie für spätere Lieferung um 0,50 M. nachgeben; Umsätze belanglos. Die W-

nahme der schädlichen Kräfte von Weizen in Nordamerika um etwa 2 1/2 Millionen Bushels wurde wohl vielfach besprochen, übte aber auf die Preisnormierung am heutigen Tage keinen Einfluß aus. Roggen knapp bedauert und ebenfalls circa 0,50 M. billiger. Von Hafer wurde ebenfalls gute Ware begehrt, Weizen begehrt, Mühlfrucht sehr gefragt. Spiritus mangels jeder Umsätze ohne Notiz.

Briefkasten der Redaktion.

Landsturm. Die Entscheidung: Landsturm mit der Waffe ist eine vorläufige, die Superrevision kann eine ganz andere Entscheidung bringen. Die Reichen bedeuten: 1,70 Meter groß. Am Mittelfinger nicht hinderliche Farbe. 82,88 Brustweite. Rechtes Auge 1/16 links 1/12 der normalen Sehstärke. Chronisches Nervenleiden.

M. — ? — 2. Nur wichtige Beschlüsse aus dieser Versammlung geben wir wieder. Die Angelegenheit des Mitglieds Sch. eignet sich gar nicht zur Veröffentlichung.

W. R. 256. 1. und 2.: Ja. — M. Eich. Schriftliche Antwort zu erlangen lehnen wir ab. — Ein Widerruf des Beschlusses wäre unzulässig. Der Betreffende ist Eigentümer des Begrabsplatzes geworden. — R. P. 100. Nach diesem Gerichtsgebrauch würden Sie nur dann mit Rücksicht auf Erfolg 14tägigen Schadenersatz einlangen können, wenn Sie lediglich für den einen Arbeitgeber arbeiteten. — G. W. 28. 1. bis 5.: Nein. — R. R. 88. Nein: das neue Gesetz bezieht sich lediglich auf Kriegs-Invaliden und deren Hinterbliebenen, nicht auf die Friedens-Invaliden.

— Ludwig 2. 1. Falls der Sohn vor dem vollendeten 42. Lebensjahre zurücktritt, läßt er Gefahr noch zum Familienvermögen herangezogen zu werden. 2. Demjenigen Deutschen, der durch zehnjährige Abwesenheit seine Staatsbürgerschaft verloren hat, muß die Aufnahme in den deutschen Staatsverband erteilt werden, sobald er sich in seinem Heimatland niederläßt. Wenn er in der Heimat des deutschen Konfuls sich niederläßt, verliert er seine Staatsbürgerschaft überhaupt nicht. 3. Ja. — M. 2. Ja.

— G. R. 99. 1. Sie können vom Wit verlangen, daß er dafür Sorge trägt, daß bis zum 10. Uhr abends das Haus Besuchern geöffnet wird; eventuell können Sie hierauf klagen. 2. Sie sind, weil Sie diese Pflicht kontraktlich übernommen haben, zur Reinigung verpflichtet. — Heimstätte

Waldow. Der Kassenvorstand ist im Recht; nur verheirateten Mitgliedsheimern steht nach dem Statut der Anspruch auf Krankengeld zu. Nichtverheiratete erhalten an Stelle aller sonstigen Leistungen freie Aufnahme in dem Krankenhause.

— G. 20. In beiden Fällen ist die Firma im Recht. — G. Falls Sie kein Testament machen, erben Ihre und Ihrer Frau Eltern, und nach deren Tode Ihre und Ihrer Frau Geschwister mit. In dem Testament müssen Sie und Ihre Frau die Eltern (nicht die Geschwister) berücksichtigen. Beispiele für Testamente finden Sie in dem dem Arbeiterrecht angehängten Führer durch das bürgerliche Gesetzbuch, S. 233, 239. — Enterb. 87.

Sie können Ihr Pflichtteil — das ist in Ihrem Fall, falls Sie der einzige Sohn sind, drei Viertel des Nachlasses — verlangen. — G. P. 37. Erbschaftsteuer wird in Preußen von einem Erbschaft über 150 M. ab erhoben. Die Höhe der Erbschaftsteuer richtet sich danach, ob und in welchem Grade der Bedachte mit dem Erblasser verwandt war und ob er zum Handhab des Besorbenen gehörte. Die Steuer beträgt 1 bis 8 Proz. Ohne Mitteilung, in welcher Weise Sie bedacht, wie weit Sie verwandt sind usw., kann Ihre Frage daher nicht beantwortet werden. Eine ausführliche Darstellung der Erbschaftsteuer-Vorschriften ist wiederholt an dieser Stelle erfolgt, kann aber schon des Raumes wegen nicht häufig wiederholt werden. — G. G. S. 8. Der Betreffende hat sich nicht freiwillig gemacht. Wenn jemand auf den Namen eines andern Gelder aus seinem Vermögen in der Sparkasse anlegt, das Buch aber behält, so bleibt das Buch und der Anspruch auf das Geld dem Behaltenden seines Vermögens.

— G. 36. 1. Nein, falls Sie nicht Erbschaft nachweisen können. 2. Jawohl, das ist fast der einzige Weg, dessen Befolgen Sie möglichst schnell erndtlich. 3. Troy des Briefes mühen Sie, falls kein anderer Grundhandlungsgrund vorliegt, erst auf Befriedigung des ehelichen Lebens klagen, dann noch ein Jahr abwarten und schließlich erst dann die Klage auf Scheidung mit Rücksicht auf Erfolg einreichen. 4. Dagegen gibt es keinen Schutz. Sie können aber Beleidigungen als Scheidungsgrund anführen. 5. 4,40 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 29. Mai.
Opernhaus, Solazzi Nischenbrödel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Agnes Bernauer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn), Italienische Oper Marcella Sembrich. II. Barbiere di Siviglia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller, Das Gefängnis. Anfang 8 Uhr.
Deutsches, Cyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.
Selling, Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisinger, Der selige Loupinel. Vorher: Terentius. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Schauspiel des Schiller'schen Bauern-Theaters. Der Probenbauer von Tegernsee. Anfang 8 Uhr.
Weiten, Norma. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne, Neues Theater: Ueberdrei. Anf. 8 Uhr.
Thalia, Schauspiel der Deutschen Genossenschaftsbühne: „A Realist“. — Drea's Frau. Anfang 8 Uhr.
Central, Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Luisen, Die Anna-Lise. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches, Mit Feiertag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk, Pension Schöller. Anfang 8 Uhr.
Selle, Alliance. Auftritte der echten Geisha-Truppe. Vorspieler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo, Spezialitäten-Vorstellung. Frau Irma. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage, Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage Theater, Damen-Wing-Kämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania, Landente. 18/19. (Im Theaterloal) Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Täglich abends von 6—10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wollner-Theater).
— Mittwochabend 8 Uhr: — Das Gefängnis. Lustspiel in 4 Aufzügen von Robert Schiller.
— Donnerstagabend 8 Uhr: — Der Erbfürster.
— Freitagabend 8 Uhr: — Schauspiel Feydmann Bonn. Der Kaufmann von Venedig.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.
Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 647. Male:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sydnes Jones. Morgen und folgende Tage: Die Geisha. — Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

W., Behrenstraße 55/57.
Das anerkannt beste
Mai-Specialit.-Programm.
16 Nummern.
Anfang 8 Uhr.
Kauschen überall gekattet.

Rad-Rennbahn Kurfürsten-Damm

Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 Uhr.
Fortsetzung der unentschiedenen Kämpfe.
Bis zur Entscheidung.
P. Pons, Paris — J. Koch, Neuss.
Bis zur Entscheidung.
Ausserdem:
J. Pohl (Abs II), Hamburg — Curt Darrell, Konstantinopel.
Cotch Mehemed, Konstantinopel — G. Strange, Berlin. M. Hitzler, München — G. Ralcevic, Mailand.
Donnerstag, den 30. Mai: Fortsetzung der Zwischenkämpfe.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet.
Täglich: Internationale Künsler-Konzerte.
4 ausländische Kapellen.
Die Boeren.
Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Neu! Neu! Neu!
Die sensationellen
Mitra-Malayan v.
Malakka und
Singapore.
geöffnet
v. 9 Uhr früh
bis 10 Uhr abds.
Entree 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark
von abends 7 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der „Völker-Arena“:

Beduinen-Karawane

Männer, Frauen, Kinder, mit Pferden, Dromedaren, Eseln etc. Schaulustigen, Woehentags: 1/2, 5, 1/2, 7 Uhr nachmittags. Sonntags: 12, 4, 5, 6, 7 Uhr.
direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig.
Kinder 25 Pf., Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Aus dem Volke.
Vollständ. mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Auftritte der Concerto-Quintette Hedwig Börling, des Größten-Komikers Paul Coradini, der Gablauer Damm, Akrobaten. The Garays, Radfahrer. Mr. Barlings lebende Photographien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Herr Garderobe stets vorräthig. Schneidermeister Tomporowski, Noanderstr. 16. 11.

Sanssouci

Im Garten:
Täglich:
— Hoffmanns — Nordd. Sänger und Konzert.
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Sotree 7 Uhr, Wochen-tags 6 Uhr, d. Sotree 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbilletts gültig, Tanz frei.
Kasselerde täglich ab 4 Uhr geöffnet.
Zum Besuche d. Restaurationsgartens (ohne Entree) wird höf. eingeladen.
Wochentags, Wochentags, sowie in den Abenden sehr billig. Hoffmann, Beteranenstraße 14. 5658*

Wo amüsiert man sich grossartig? In Schnegelsbergs Festsälen.

Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen verbunden mit Cigaretten, Apfelsinen-Regen und überdies Liebererolungen. 14812*
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.
Empfehle meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne), den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.
Max Schindler.

Rob-Zabaf

Engros- und Detailverkauf. 15890*
Rud. Völcker & Sohn, Köpnickestr. 45.

Charlottenburg!

Uhrmacher Kunsimann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (1108L*
10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.

Zahne 2 Mk.

Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130, (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr. [64/13*

Patzenhofer Marine-Bräu
ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichnetster Bekömmlichkeit. [1083L*
Preis frei Haus:
30 Fl. M. 3.—
1/2 To. M. 3,25
1/3 To. M. 2,65
Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24/27.
NW., Strom-Strasse 11/16.

Apollo-Theater.

Der Konzertgarten ist geöffnet.
Frau Luna
mit dem berühmten
Luftballist Grigolatis.
10 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Maschinisten-Anzüge
in allen Grössen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier,
7859* Oranienstr. 166.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Eine Hochzeit in de Müllerstraße.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater.

Täglich im Garten:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Der arme Poet.
Schauspiel in einem Aufzuge.
Neu! Der Dieb. Neu!
Komische Operette in einem Akt von G. W. Müller.
Im Saale: Gr. Ball.

Schweizergarten

Am Königsther. Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Volkbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Hoppla, Vater sieht ja nicht.

Massage-Institut

von H. und Fr. Mania
befindet sich noch wie vor
Brunnenstr. 16, Portal 2, 1 Trepp, und in der Rittale Turmstrasse 47.
Für sämtliche Orts- und Hüft-Krankheiten. [13609*
Mechanische Apparate.
Jede Tischendr reinigt od. feber eins. 1,50 M. unt. Gar. Goldene Damenuhren 15—100 M. Geirogene silberne Uhren 5,50 M. Teilzahlung gestattet.
G. Paetzl, 1. Geschft.: Wollstraße 11, nahe Spittelmarkt. 2. Geschft.: Turmstraße 65.

Statt besonderer Meldung.
Die Geburt einer Tochter zeigen an
Rechtsanwalt Dr. Hugo Heilmann
und Frau Else geb. Levy. (15485)

**Sozialdemokratischer
Wahlverein f. den 6. Berliner
Reichstags-Wahlkreis.**

Nachruf.
Den Parteigenossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schloffer
Gustav Janssen
Meyerstr. 13
am 13. Mai verstorben ist. (247/10)
Gleichfalls zur Nachricht, daß unser
Mitglied, der Arbeiter
August Knebel
Ruhplatzstr. 24
am ersten Feiertag verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband.**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Am 23. d. M. starb unser Mitglied,
der Glarier (115/10)
Emil Pätzold,
nach längerer Krankheit an Lungenschwindsucht.
Ehre seinem Andenken!
Berlin, den 29. Mai 1901.
Die Ortsverwaltung.

Verband d. Möbelpolierer,
Am 26. d. M. verstarb unser Kollege
Hermann Krusche
im Alter von 40 Jahren an der
Tuberkulose.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet heute, Mitt-
woch, den 29. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Nordfurter
Friedhofs, Radoberstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
146/11
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Mitteilung,
daß mein lieber Mann, unser
Vater, der Maurer 15825
Wilhelm Henning
an den Folgen des Unfalls am
27. Mai, mittags 12 Uhr, im
Königlichen Krankenhaus ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. d. M., von
der Leichenhalle des Friedhofs
des St. Johannisgemeinde im
Pflanzengarten am nachmittags
5 Uhr statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Mitg. Kranken- und Sterbe-
kasse der Drechsler.**
(E. G. 80.) Verwaltungsstelle Berlin B.
Bergrätel!
Am 26. Mai verstarb unser Mitglied
Wilhelm Napel
nach kurzem Krankenlager an Lungentuberkulose. Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
1552b
J. H. A. Hölffleisch.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstr. 23:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Entwicklung der Fabrik- und die Arbeiterbewegung im neun-
zehnten Jahrhundert. Referent: Genosse Schlegel. 2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 15455
Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Zahlstelle Charlottenburg.
Mittwoch, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von Hoffmann,
Rustanien-Allee Nr. 1:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Zustand der Schleiher in der Tomatenfabrik March u. Söhne
hier. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 64/11
Die Ortsverwaltung.

Berliner Konsumverein.
Verkaufsstellen: Minusstr. 9; Krautstr. 7; Petersburgerstr. 4a; Beussel-
straße 56; Waldstr. 12; Kollodierstr. 21; Türschmidtstr. 6 (Rummelburg);
Frankfurter Chaussee 48/49 (Friedrichsberg-Viertelberg). Verkaufszeit:
8-1 Uhr und 3-8 Uhr (Sonntags bis 9 Uhr). Sonntag von 8-10 Uhr.
Eintrittsgeld: 20 Pf. Geschäftsanteil: 10 M. Letzterer
braucht jedoch nicht in bar eingezahlt zu werden, sondern wird aus der
Kasse der jeweiligen Dividende gebildet.

Ordentl. Generalversammlung
Freitag, den 31. Mai, abends präzis 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Liher Nr. 15.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Geschäftsführers. 2. Vorlegung der
Halbjahresbilanz und Bericht des Aufsichtsrats. 3. Ergänzungswahlen in
Vorstand und Aufsichtsrat. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
09/16 Der Vorstand. Wilh. Kamm, Vorsitzender.

**Central-Krankenkasse
für Deutschland.**
Mittwoch, den 5. Juni ex., ab 7 Uhr,
im Kassenlokal:
**Außerordentliche
General-Versammlung**
Die Generalversammlung besteht
aus den Mitgliedern. 1557b
Tagesordnung: 1. Satzungsänder-
ungen. 2. Verschiedenes.

Es werde Licht!
Verein zur Unterhaltung u. Belehrung.
Alle Freunde geistiger Unterhaltung,
Damen u. Herren, welche gewillt sind,
bei mehreren theatralischen Auffüh-
rungen mitzuwirken beim Verein
beizutreten, werden freundlich er-
sucht, sich am Donnerstag, den 30. d.,
abends 9 Uhr, in dem Lokal von
Fischer, Waldstr. 8, zu melden.
Sitzungen daselbst
jeden Donnerstag abds. 9 Uhr.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie
für die Zwecke der Deutschen Schutzgebiete.
16 570 Gewinne Baar ohne Abzug im Betrage von
575,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind:
100,000, 50,000, 25,000, 15,000 Mk. etc.
Loose à 3,50 Mark (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden prompt
**Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-
Geschäft**
Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 31. Mai u. folg. Tage.

Elektra,
S. Neanderstr. 4.
Am 3. Juni ex. beginnen
2 neue Abendkurse
für alle Zweige der Elektro-
techn. Theorie u. Laboratorium.
Keine Vorkenntnisse. Zeugnis.
Anmeldung schleunig!

Steppdecken
kauft man am
besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
**B. Strohmangel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,**
wo auch alte Decken aufgearbeitet
werden. 12374*

**Deutsche
Kaffee-Mischung**
einzig in seiner Art.
à Pfd. 40 Pf.

Diese seit Jahren so beliebte Mischung
gibt von 1 Lit. 2 Lit. vorzügliches
Kaffegetränk
**Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Berlin C., Rosenthalerstr. 59**
und mit Placet versehenen Handlungen.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchband-
agen, Leibbinden, Geradhaltern,
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
Artikel zur Krankpflege.
Eigene Werkstat.
Klosterstr. 11092*
für Orth- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
Pfandleihe
Petersburgerstrasse 81. 1555b

VAN HOUTEN'S CACAO
ist ein nahrhaftes und belebendes
Getränk, welches einen wohlthuenden
Einfluss auf die Nerven ausübt. Un-
übertroffen für den täglichen Gebrauch.

Zum Abschluß von
Einbruch- Diebstahl- Versicherungen
empfiehlt sich die
**Kölnische Unfall-Versicherungs-
Aktien-Gesellschaft in Köln a. Rh.**

Nähere Auskunft erteilen gerne die Generalvertreter der Gesellschaft
(siehe Band II, Seite 28, im Annoncenteil des Adreßbuches), sowie die
Subdirektionen der Feuerver.-Ges. „Kolonie“, Taubenstraße 30, und der
Bayerischen Hypothek- und Wechselbank, Kochstraße 63. (64/4*

**Anzüge nach Maß für
Herren u. Knaben**
Größte Auswahl in in- und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Reifstiefel etc. werden
unter Garantie des guten Liefes
zu überaus billigen Preisen
schnellstens angefertigt im Ladengeschäft
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Honig!
Oben, Blütenhonig,
beim Ankauf, ver-
sendet 9 Pfd. netto zu
6,50 M., 5 Pfd. netto
zu 4 M. fr. Radn. War. Zurlin
**Nordloh,
E. Reil, Bahnhof Augustfahn,
Oldenburg. (14892***

Gardinen
15000*
Neuheiten. Secessions- und
Jugendstil, circa 250 Muster
Katalog (450 Illustrat.) franco.
Roste von 2-6 Fenster unter Preis.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Fahrräder! Neue und gebrauchte sehr billig. **Memelerstr. 48 a,** an der Königsbergerstrasse. **Carl Röper.** Bequeme Teilzahlungen. **5 1/2 Pfund Brot 50 Pfg.** Albrechts Backereien. Braugelstraße 9, Krautstraße 19, Falkenstraße 28, Laufstraße 2.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen zur nächsten
Nummer werden
in den Annoncenstellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Poststr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenband Große Frankfurt-
straße 9, parterre. 145*

**Vorläufige elegante Herrenanzüge
und Sommerpaletots** und feinen
Stoffen 35-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Verkaufshaus
Germania, Unter den Linden 21 II.

**Spottdilig Teppiche, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Sommer-
paletots.** Uhren verkauft Veihaus,
Neanderstraße 6. 66/1*

Maurerhilf vorwärts. Gutgefällig,
Potsdamerstraße 61. (Hausnummer
beachten.) 650R*

**Maurerhammer, Maurerellen,
Bastwagen** etc. billig. Eisenwaren-
handlung Paul Schumann, Prinzen-
straße 57. 1453b

**Teppiche mit Farbenfeinem
Fabrikateselbst** Große Frankfurt-
straße 9, parterre. 145*

Kinderstühle (spottbillig) Andreask-
straße 23. 550R*

Fahrrad 75,00, Meys, Rantzenfel-
straße 27. 1420*

**Fahrräder, nur gute, sowie Re-
paraturen.** Carl Riethe, Radmann,
Große Frankfurterstraße 123. 1447b

Achtung, Radfahrer. Wer sich ein
gutes Fahrrad kaufen will, wende sich
an Berliner Einkaufs-Genossenschaft,
Berlin, Waisenstraße 19. 1411b

Fahrrad neu, billig. Benz, Rannin-
straße 38. 1429*

Fahrradzubehör! Außerordent-
lich preiswert. Alexandrinenstraße 10-
und 11, Stallreibeckstraße. 630R*

**Nähmaschinen, Adler, Krano,
Schnellnäher, Ringstich, sowie Wasch-
und Wringmaschinen** auf Teilzahlung.
Krieg, Stallreibeckstraße 130. 658R*

**Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung** vermittelt Gustav Schmidt,
Sohnstraße 43, Hof Keller. 857b

Landbau! Verbrauchtes und
neues Landholz, Bretter, Latzen,
Leihen, Läden, Fenster, Dachpappe,
Leer, billig. Rottbuler Damm 22.

Für Landbesitzer sammeltige Bau-
materialien, Dachpappe, Brennholz,
5 Mark. Charlottenburg, Wilmers-
straße 60. 1605b*

**Frühjahrs-Plante, Berlin, Neue
Königsstraße 31. 630R***

**Matratzen, blutbildend, für
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Schlaf-
ruhe, überaus billig, 14 Pfunden
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erstklassig.
Nicht blasenfähig, Qualität ent-
scheidend. Portierkasseler Ringler
Bernauerstraße 119. 94/18***

Vermischte Anzeigen.

Violin, Klavier, Unterricht. Re-
thode, Oskar Brenneke, Monats-
honorar 10,00, Oranienstraße 118. 9*

Potenanzwals Damman, Or-
anienstraße 57, Rottbuler Damm, Erländern
lohnfreier Rat abends 8 Uhr.

**Unfalllagen, Invalidenfachen,
Kellervorrichtungen, fertigt Schulze, Berg-
mannstraße 107. 1089b***

Schriftliche Arbeit jeder Art,
Klagen und Gerichtsachen, Steuer-
Reklamationen, Briefe, fertigt erfolg-
reich und billig Franz Wübbagen,
Chausseestraße 32, Quergebäude III.

**Unfallfächer, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Stralger-
straße 65. 1823b**

**Werkzeiglond, Brodhaus, Vreden,
Geschäftswerte und alle andern Bücher
bezieht und kauft Gannemann, Koch-
straße 56, Amt 4a 6944. 684R***

Kunstkopieren von Frau Kolditz
Steinwegstraße 48.

**Damenkleider reinigen, färben,
Herrenanzüge reinigen** von 2,50 Mark
an. Wilmersdamm, Andreask-
straße 78 parterre, Wilmersdammstraße 18.

**Schöne Vereinszimmer mit Piano,
Rustfächerstr. 14, Anton Seidler.**

**Sommer-Regelbahn, Vereinszimmer
mit Piano** zu vergeben. Panfow,
Maximilianstraße 9. 1488b*

Damenuhr verloren am 1. Feiertag
im Treppenturm. Gegen Be-
lohnung abzugeben Frau Jakob,
Wilmersdamm, Türschmidtstraße 24,
4 Treppen.

**Rechtsbureau, Rechtsfälle, Andreask-
straße dreizehnhöflich. 1561b**

Druckerei jeder Art liefern
prompt und schnell Gustav Rösch u. Co.,
O., Reppenstraße 60. 1446

Vermietungen.
Keller eingerichtete Mischelei sofort
zu vermieten. Rossmann, Reichs-
bergerstraße 183. 1550b

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, separat,
18 Mark monatlich, bei Inhaber
Kosten zu vermieten Prinzenstraße 48
IV rechts 1544b

**Kleine Stube, Küche, 16 Mark,
an zwei einzelne Leute.** Wilmers-
straße 47.

Leere Stube zu vermieten Reichs-
bergerstraße 183, vorn 2 Treppen
rechts. 1559b

**Schlafstelle, auch für Radfahrer,
bei Güner, Wilmersdammstraße 119.**

**Schlafstelle, Herr, separat,
Oranienweg 70 III, Meißig. 1556b**

Unabhängiger Herr findet gute
Schlafstelle bei Frau Ding, Gräfe-
straße 35. 1564b

Schlafstelle vermietet, Köhner,
Blumenstraße 5. 1415*

Freundliche Schlafstelle für an-
hängliche Mädchen bei Frau
Wilmersdammstraße 1, IV. Osten. 147

Möblierte Schlafstelle für Herrn,
Bismarck-Haus, Wilmersdamm 11, Hof
rechts. 97/1

**Möblierte separate Schlafstelle,
Oranienstraße 187, Quergebäude II.
Zieler. 1563b**

**Möblierte Schlafstelle (Herrn),
Wilmersdamm, vom III, Wilmersweg 6.**

Tüchtige Kesselschmiede
werden bei hohem Verdienst und
dauernder Beschäftigung von großer
Wichtigkeit gesucht.

Offerten sind unter Chiffre B K 3071
an Rudolf Mosse, Berlin SW.,
einzulegen. 66/9*

Ein tüchtiger
Galvaniseur
für Eisen- (Weiß) verfertigt, matt
und poliert, Fabrikation nach aus-
wärts zu sofortigem Antritt gesucht.
Offerten unter F. 590 an
**Hausenstein & Vogler,
A.-G., Nürnberg. 105/17***

Ein geschilter
Werkzeugmacher,
der in der Anfertigung von Stangen
und Werkzeugen für Druckstöcke ver-
fahren ist, wird aufgenommen bei
**Nich. Stransky, Metall-
warenfabrik, Smichow,
Przemyslgaße. 105/18***

In meiner **Epiralbohrerfabrik**
Wien wird eine tüchtige selbständige
Kraft, welche durch Zeugnisse nach-
weisen kann, daß sie auf Epiral-
bohrer, Schneidwerkzeuge und
Kleinfabrik gearbeitet hat, gesucht.
Offerte mit Zeugnis-Kopien und
Angabe des Lohnes unter „G. H.
1115“ an Hausenstein & Vogler,
Wien I. 105/19*

Arbeitsmarkt.
Wahrgeliebte wird verlangt.
Schwenger, Falkenstraße 17.

Stellenangebote.
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen sollen 40 Pf. pro Zeile

Parteigenös. Redacteur,
Widmung der Zwanziger, Autodidakt
mit hohem, populärem Stil, poli-
tischer und gewerkschaftlicher Praktiker,
wünscht dauerndes Halber Stellung
als politischer Redacteur oder Arbeiter-
sekretär. Offerten unter K. 6 an die
Exp. d. „Bor.“ erbeten. (18892*)

Achtung! Holzarbeiter.
In der Hagenmühl-Fabrik von
Rosa u. Rine, Schulstr. 21,
haben sämtliche Tischler wegen Abganges
die Arbeit niedergelegt. Zugang ist
ferngehalten. 81/18
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiter-Verbands.

An die Bevölkerung Berlins.

Die unterzeichnete Kommission richtet an die Bevölkerung das Ersuchen, die Krankenkassen in dem Kampfe gegen den Arzneiwucher dadurch zu unterstützen, daß sie ihren Bedarf an Arzneien während der Dauer des Kampfes nur aus den nachstehend verzeichneten Apotheken bezieht:

Centrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königsstr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 30. Kommandanten-Apotheke, Sendestr. 16.

Westen: Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Barbarossa-Apotheke, Kurfürstendamm 1. Kurfürsten-Apotheke, Genthamerstr. 20. Palas-Apotheke, Goldstr. 23. Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Kanonenstr. 44.

Süd-Westen: Johanner-Apotheke, Plan-11er 11. Kreuzberg-Apotheke, Velle-Allianzstr. 75. Auguste Victoria-Apotheke, Königsgräberstr. 52. Apotheke zum goldenen Einhorn, Eisenaustraße 92. Anhalter-Apotheke, Poststr. 18.

Süd-Osten: Apotheke zur Sonne, Feinzeustr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 148. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Sophien-Apotheke, Poststr. 30.

Süd: Osten: Reander-Apotheke, Reanderstr. 29. Görliger-Apotheke, Görligerstr. 48. Adalbert-Apotheke, Adalbertstr. 16. Emmaus-Apotheke, Reichensbergerstr. 150. Springers Apotheke, Mantuffelstraße 105. Apotheke am Schlesiens Thor, Staligerstraße 72.

Osten: Grads Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Hornsdorferstr. 53. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 134. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Potsdamerstr. 7.

Nord-Osten: Kaiser Wilhelm-Apotheke, Landwehrbergerstr. 3. Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königsstr. 50. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Gr. Frankfurterstr. 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstr. 10. Deutsche Apotheke, Wilsingstr. 15.

Norden: Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schulstr. 1. Prinzessin Victoria Louise-Apotheke, Voltastraße 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Jons-Apotheke, Anklamerstr. 39. Gustav Adolf-Apotheke, Kolonnenstr. 1.

Rodhufen-Apotheke, Jennstr. 81. Borussia-Apotheke, Söhnhauser Allee 56. Lessing-Apotheke, Panzstr. 45a. Adler-Apotheke, Reinickendorferstr. 1. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Chausseest. 19.

Nord-Westen: Roland-Apotheke, Turnstr. 16. Diana-Apotheke, Turnstr. 28. Noabiter Apotheke, Alt-Noabit 18. Jellers Apotheke, Lübeckerstr. 32. Schiller-Apotheke, Alt-Noabit 33. Kronprinzen-Apotheke, Hindenburgstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstraße 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 56. Phönix-Apotheke, Birkenstr. 6. Beussel-Apotheke, Beusselstr. 55.

Charlottenburg: Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstraße 89. Pefaloggi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61B. Umland-Apotheke, Kanistr. 151. Hof-Apotheke, Berlinerstr. 71. Hallen-Apotheke, Potsdamerstr. 31.

Schöneberg: Borussia Apotheke, Hauptstr. 141. Palas-Apotheke, Goldstr. 28. Sedan-Apotheke, Sedanstr. 3.

Rixdorf: Reichsadler-Apotheke, Bergstr. 13. Berg-Apotheke, Hermannstr. 146.

Lichtenberg: Lichtenberger Apotheke, Dorfstr. 41a. Groß-Lichtenfelde: Adler-Apotheke, Dralesstr. 66. Steglitz: Apotheke von Kap, Albrechtstr. 19.

Weißensee: Flora-Apotheke, König-Chaussee 9. Neu-Weißensee: Sonnen-Apotheke, Langhandstr. 82.

In Ortschaften, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kann diese nach wie vor benutzt werden.

Wir hoffen, daß die Berliner Bevölkerung in dieser Weise das Vorgehen der Krankenkassen billigt; dann kann ein schneller Sieg nicht zweifelhaft sein.

Wir bemerken zugleich für die Kassenvorstände, daß die Druckfehler, die sich leider in das Verzeichnis der zugelassenen Apotheken eingeschlichen hatten, in vorstehender Liste berichtigt sind.

Centralkommission der Krankenkassen Berlins.

Die Ermordung des Rittmeisters v. Krofzig vor dem Kriegsgericht.

(Telegramm. — Unter. Nachdr. verb.)

H. u. C. Gumbinnen, 28. Mai.

Am Mittwoch beginnt vor dem Kriegsgericht der 2. Division der Prozeß gegen die drei Unteroffiziere Marten, Hädel und Domnig, welche angeklagt sind, ihren Vorgesetzten, den Rittmeister und Eskadronchef v. Krofzig vom Dragonerregiment v. Wedel (11. Pommersches), erschossen zu haben, bei der That Beihilfe geleistet zu haben.

Der Fall hat bekanntlich das größte Aufsehen erregt und die Öffentlichkeit fortgesetzt auf das Höchste beschäftigt. Auch der Kaiser hat sehr großes Interesse an dem Vorfall genommen und sich wiederholt von dem Kriegsherrn der 2. Division, Generalleutnant v. Alten, Bericht ersuchen lassen.

Der ermordete Rittmeister v. Krofzig war bei seinen Mannschaften sehr wenig beliebt. Er war im Dienst außerordentlich hart und unnachlässig und bestrafte die geringsten Vergehen auf das Strengste. Dazu neigte er noch stark zum Jähzorn. Er war deshalb von seinen Leuten nicht nur gefürchtet, sondern vielfach tödlich gehaßt. Das war schon vor Jahr und Tag in dem früheren Garnisonsorte seiner Eskadron Stallupönen zum Ausdruck gelangt, wo bereits einmal ein Attentatsversuch gegen ihn verübt worden war.

Am 22. Januar d. J. war Rittmeister v. Krofzig mit der vierten Eskadron früh morgens zum Scharfschießen nach dem Scheidenstand angetreten. Nach der Rückkehr ließ er die Schwadron in Abteilungen in der Reitbahn (schwäbische Reitübungen, wie Nehmen von Hürden und dergl. ausführen. Die Karabiner hatten die Mannschaften in dem Vorraum der Reitbahn abgelegt. Um die Pferde an das Schießen zu gewöhnen, feuerte Rittmeister v. Krofzig auf einem Revolver Plappatronen ab. Es war gegen 5 Uhr nachmittags, und die Abteilung, welche gerade geritten hatte, sollte die Reitbahn verlassen, um einer anderen Platz zu machen. Rittmeister v. Krofzig gab dem Wachtmeister den Revolver und während dieser sich bückte, um die Waffe in den Sack niederzulassen, erlöste plötzlich ein Schuß. Niemand ahnte den Zusammenstoß. Herr v. Krofzig tief erschreckt aus: „Wachtmeister, haben Sie geschossen?“ Auch Leutnant Hoffmann, der sich in der Nähe v. Krofzigs befand, rief: „Was ist denn los, wer hat da geschossen?“ In diesem Augenblick bemerkte er auch, wie Rittmeister v. Krofzig wankte und umfiel. Er sprang zu, um ihn aufzufangen, Herr v. Krofzig war aber bereits tot. Eine Kugel war ihm durch das Herz gegangen. Inzwischen hatte sich der Mannschaft eine allgemeine Panik bemächtigt. Der Karabiner wurde zwar noch rauchend im Vorraum gefunden, der Täter hatte aber hinreichend Zeit gefunden, sich unter die Menge zu mischen. Um die Reitbahn zieht sich ein dunkler Gang hin, in den Hürden und Wänden befinden sich zahlreiche Gucklöcher und es pflegten bei interessanten Reitübungen, namentlich bei denen des Rittmeisters v. Krofzig, immer Soldaten durch die Löcher zuzuschauen. Mit Bestimmtheit hat sich bisher nicht feststellen lassen, von wo der Schuß abgefeuert worden ist; man nimmt aber an, daß der Täter von dem dunklen Vorraum aus eines dieser Gucklöcher benutzte hat. Der fragliche Karabiner gehörte einem Dragoner, der sich zu jenem Blick in der Reitbahn befunden hatte.

Zunächst wurde ein Hohnschmied als der That verdächtig eingezogen. Der mit den Ermittlungen betraute Berliner Kriminalkommissar v. Wädmann stellte aber alsbald fest, daß dieser Mann der einzige war, der überhaupt einige Wahrnehmungen gemacht hatte. Dagegen lenkte sich nunmehr der Verdacht auf den Unteroffizier Marten. Derselbe sollte sich schon bei den nachträglichen Feststellungen, welche Leute bei Abgabe des Schusses in der Reitbahn gewesen waren, sehr verdächtig benommen haben. Dazu kommt, daß der Vater des Marten, der bis vor kurzem Wachtmeister in der v. Krofzigschen Schwadron gewesen war, fortgesetzt mit Rittmeister v. Krofzig Jovialitäten gehabt hatte und von letzterem sehr oft schärf abgefängelt worden war, so daß Marten schließlich in eine andre Schwadron versetzt wurde. Die Anklage nimmt an, daß der junge Marten wegen dieser Vorgehens seines Vaters, eines alten Soldaten, der auf eine dreißigjährige, bisher tadellose Dienstzeit zurückblicken konnte, den Urheber derselben, dem Rittmeister v. Krofzig, tödliche Rache geschworen hatte. Zur Ausführung seiner Rachepläne wurde er bestimmt durch einen Zusammenstoß mit v. Krofzig unmittelbar vor dem Mord. Während der erwähnten Reitübung war Marten von Rittmeister v. Krofzig heftig gerüffelt worden. Herr v. Krofzig hatte ihn vom Pferde absteigen lassen und erklärt: wenn er (Marten) sein Pferd nicht in die Bahn zu bringen verstehe, werde er es ihm von einem Gemeinen zeigen lassen. Es mußte darauf ein Dragoner das Pferd reiten, während Unteroffizier Marten daneben stand. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Sehr zu seinen Ungunsten spricht auch ein Fluchtversuch, den er aus dem Militärarresthaus unternommen hatte. Als ihm eines Tages der Sergeant Tollkühn mit einem Gurtschnur das Essen in die Zelle brachte, sagte er: Herr Schlichter, am Ofen sind in die Wand allerlei Figuren eingekragt. Wollen Sie sich davon überzeugen, sonst heißt es später, ich habe es gethan.“ Als der Schlichter nun mit dem Gurtschnur in die Zelle schaute, gab ihnen Marten einen Stoß, eilte hinaus und sperrte beide in der Zelle ein. Nachdem er die Korridortür aufgeschoben hatte, gelangte er unangesehen ins Freie. Er wurde eine Nacht von Verwandten in der Nähe von Stallupönen aufgenommen und wollte dann über Schwidnütz über die russische Grenze gehen. Unterwegs überlegte er sich dann aber die Sache und kehrte nochmals zurück. Die Verwandten weigerten sich jedoch, ihm Kleider und Geld zu geben, ebenso erging es ihm bei einem befreundeten Gutsbesitzer. Von einem befreundeten Knecht erhielt er zwar Einwilligung, da er aber völlig mittellos war, zog er es schließlich vor, freiwillig umzulernen und sich zu stellen.

Der zweite Angeklagte, der Unteroffizier Hädel, ist der Schwager des Angeklagten Marten und der Schwiegersohn des alten Wachtmeisters Marten. Er wird der Beihilfe am Mord beschuldigt. Die Anklage nimmt an, daß er wegen der Kränkung seines Schwiegersohns von dem gleichen Haß, wie der junge Marten gegen den Rittmeister v. Krofzig befeuert war, und daß er bei der Ausführung der That den Aufpoßer spielte und seinem Schwager Zeichen gab.

Der dritte Angeklagte, der Unteroffizier Domnig ist wegen Beihilfung angeklagt; er soll über den Täter geflüstert falsche Angaben gemacht haben. Alle drei Angeklagte leugnen ihre Schuld. Der 24jährige Hauptangeklagte Marten ist außer wegen Mordes noch wegen Fahnenflucht, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung angeklagt.

Marten wird von dem Rechtsanwalt Horn-Justerburg, Hädel durch Rechtsanwalt Burckard-Justerburg und Domnig durch einen Rechtsanwalt verteidigt. Die Anklage wird Kriegsgerichtsrat L. L. de S. Justerburg vertreten. Die Verhandlungen finden in der hiesigen Kaserne des 11. Dragoner-Regiments (v. Wedel) statt. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, die Verhandlungen soweit als möglich öffentlich zu führen, d. h. soweit nicht dienstliche Interessen in Frage kommen. Es sind 60 Zeugen geladen.

Der ermordete Rittmeister v. Krofzig hat eine Frau mit zwei Kindern im jüngsten Alter hinterlassen. Es war ein Sohn des Generals der Kavallerie v. Krofzig, ehemaligen Kommandeurs des Leib-Garde-Ginfaren-Regiments und späteren Chefs des Militär-Recht-Institut, Ritter des Schwarzen Adler-Ordens.

Der Gerichtshof setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Vorsitzender: Rangältester Major von der Gröben, Weitzer; Hauptmann von Sydow und Oberleutnant von Heiligenstedt, sämtlich vom Infanterieregiment Nr. 33. Ferner gehören dem Gerichtshof zwei Kriegsgerichtsräte von der 2. Division in Justerburg an.

Wegen Mangel an Raum wird jedoch nur eine beschränkte Zahl von Karren zur Ausgabe gelassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Das diesjährige Volksfest des sechsten Reichstags-Wahlkreises wird am Sonntag, 14. Juli, in Weichensee bei Sternedör abgehalten. Weiteres wird durch Inzerat bekannt gegeben. Die Vertrauensleute.

Die Parteigenossen von Lichtenberg hielten am Sonntag, 9. Juni, in der Seestraße zu Lichtenberg ein Volksfest ab. Man wollte diese Festlichkeit nicht mit dem Vergnügen verwechseln, das am selben Tage in den Gartenlokalen des Orts gefeiert und von der Gemeinde mit 2000 M. unterstützt wird. Die Parteigenossen sind selbstverständlich auf sich allein angewiesen und hoffen darauf, daß die Arbeiterklasse Berlins ihr Fest zahlreich besuchen werde. Ferner sei noch mitgeteilt, daß Bezirksführer August Holz (elter Bezirk) seines Amtes enthoben wurde und daß Bezirksführer Elias sein Amt niedergelegt hat.

Lokales.

Städtische Volksbäder.

Die vor einigen Tagen eröffnete neue städtische Volks-Badeanstalt in der Bierwalddstraße unterscheidet sich schon durch die Größe des Gebäudes vorteilhaft von den älteren nach der Klassenstufen Schablone errichteten Anstalten. Was die innere Einrichtung der neuen Badeanstalt betrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß man hier die Raumverhältnisse nicht gar so knapp bemessen hat, wie in den alten. Die Anstalt in der Bierwalddstraße hat eine geräumige Vorhalle, so daß hier ein solches Gedränge, wie es in dem ärmlich kleinen Vorraum der Badeanstalt an der Schillingstraße an Tagen mit starkem Besuch regelmäßig zu beobachten ist, nicht vorkommen wird. Die Kassezellen der Brausebäder sind in der neuen Anstalt ein wenig größer als in den alten, und man braucht hier deshalb nicht, wie bisher in den engen Zellen, die Gewandtheit eines Schlangenmenschen zu besitzen, um sich an- und auszuliegen. Dieser Mangel an Raum in den Brausebädern der alten Anstalten hat noch einen anderen Uebelstand zur Folge. Um die nackten Füße des Badenden vor der Verätzung mit dem kalten Steinfußboden zu schützen, liegt auf dem Boden ein aus flachen Holzstäben hergestellter Rost. Der äußerst kleine Raum der Zelle bedingt es, daß der Eintretende gar nicht anders kann, als mit den Stiefeln, an deren Sohlen der Strassenstaub haftet, auf den beständig feuchten Rost zu treten, wodurch dieser mit einer Schmutzschicht behaftet wird, in die man nach dem Bade mit den bloßen Füßen wieder hineintreten muß. Was bleibt da anders übrig, als daß man die bestmöglichen Füße mit dem Handtuch reinigt, ein für die Wäsche sicher nicht dienliches Verfahren. So rückt sich die Kauserei mit dem Grund und Boden durch eine fäulnisartige Abnutzung der Lederwäse. In der Bierwalddstraße sind die Zellen um so viel größer, daß man nicht nötig hat, gestieft auf besagten Rost zu treten. Dem er-

wähnten Uebel in den alten Bade-Anstalten könnte dadurch abgeholfen werden, daß an Stelle der Roste, deren Oberfläche durch langen Gebrauch rauh geworden ist und deshalb den Schmutz festhält, neue und etwas kleinere angebracht werden.

Nun noch ein Wort über die Bannebäder. Als seiner Zeit in den städtischen Volksbädern die erste Klasse der Bannebäder aufgehoben wurde — eine Maßregel, gegen die durchaus nichts einzuwenden ist — da beehrte sich die Verwaltung, alles, was die Zellen der ersten vor denen der zweiten Klasse voraus hatten, zu entfernen, oder soweit das nicht anging, wenigstens gebrauchsunfähig zu machen. Die Douche in den Bannebädern erster Klasse hatte Zufuhr von warmem und kaltem Wasser, so daß man nach dem Bade eine temperierte Douche nehmen konnte. Der Warmwasserhahn wurde nach Aufhebung der Massenunterschiede beseitigt, und es konnte nun, wie in der zweiten Klasse, nur mit ganz kaltem Wasser gedoucht werden. Im Interesse der Badegäste würde es liegen, wenn man, aufstätt die Einrichtungen der ersten Klasse zu verschlechtern, den Unterschied dadurch aufgehoben hätte, daß man die zweite Klasse insofern verbesserte, als man den Douchen einen die Temperierung ermöglichenden Zufuß von warmem Wasser gegeben hätte, denn eine kalte Douche nach einem warmen Bade kann nicht jeder vertragen, während die Anwendung einer kalten Douche den meisten Badenden ein Bedürfnis und auch aus hygienischen Gründen sehr angebracht ist.

In dieser Hinsicht hat die neue Anstalt in der Bierwalddstraße ebenfalls einen Fortschritt gemacht. Das Wasser der Douche ist nicht ganz kalt, sondern angemessen temperiert. Es wäre zu wünschen, daß man die Mängel, welche den alten Bade-Anstalten anhaften, beseitigte und dem Fortschritt der Zeit durch bessere Einrichtungen Rechnung trüge.

Noch einmal das Rabenaaß.

Herr Lic. theol. R. Mumm, der Generalsekretär der freien kirchlich-socialen Konferenz hatte die Freundlichkeit, und eine in Nr. 114 unseres Blattes abgedruckte „Berichtigung“ zuzulassen, in der er befreit, daß der am Himmelstürme von uns abgedruckte Vers „Ich bin ein wahres Rabenaaß“ aus einem Gesangbuch stamme. Vielmehr sei das Gedicht zur Verhöhnung der evangelischen Glaubenslieber von dem Litteraten F. W. Wolff 1840 in häßlicher Absicht veröffentlicht worden.

Diese Nichtigstellung des Herrn Licentiaten hat unter unsren Lesern augenscheinlich lebhaftes Interesse erweckt, denn es sind und von verschiedenen Seiten Zuschriften zugegangen, worin die Behauptung des Herrn R. Mumm für eine durchaus irrige erklärt wird. Eine dieser Zuschriften kommt aus dem fernen Rumänien von einem Herrn, der dort in einer kleineren Stadt als Fabrikleiter angestellt ist. Dieser Herr schreibt uns:

Am Ostermontag 1870 war ich in der Stadtkirche zu Wiberach in Württemberg. Auf einer Bank lag ein Gesangbuch, in welchem ich aus Langeweile herumblätterte. Ich stieß auf ein Lied, das damals merkwürdigerweise einen so tiefreligiösen Eindruck auf mich machte, daß der Text mir im Gedächtnis haften blieb; und heute noch weiß ich die wirksamsten Strophen so sicher auswendig, daß ich sie Ihnen hier mitteilen kann:

Ich bin, o Herr, vor Dir ein Ras,
Ein Festgestank, ein Rabenaaß,
Ein Schindlerloch der Sünden.
Ich war im Anterleib schon schlecht,
Retritt mich Herr, so g'schicht mir recht
Für alle meine Sünden.
Dennoch wohn' ich,
Wunderthun,
Hast Du gnädig mich entledigt
Von dem Krebs, der mich beschädigt.

Zimmerlin kann aus dieser aus dem Gedächtnis nieder-geschriebene Text von kirchlicher Seite angezweifelt werden, doch da kommt uns eine Zuschrift aus Stuttgart zu Hilfe, die das Lied in einer Fassung bringt, welche dem von Wolff veröffentlichten Wortlaut außerordentlich nahe kommt. Unser schwäbischer Parteigenosse schreibt uns:

In Nr. 114 des „Vorwärts“ bringen Sie eine Ihnen vom Generalsekretariat der kirchlich-socialen Konferenz zugestellte Berichtigung über das bekannte Kirchenlied: „Ich bin ein rechtes Rabenaaß“.

Gestatten Sie mir als Genossen und Leser Ihnen das ganze Lied in seinem Urtext zu überreichen. Das Lied lautet:

Ich bin ein rechtes Rabenaaß,
Ein wahrer Sündenkrüppel,
Der seine Sünden in sich trug
Als wie ein Ruff die Zivibel!
Herr Jesu nimm mich Hund beim Ohr,
Wirf mir den Gnadenstocher vor,
Und wirf mich Sündenlammel
In Deinen Gnadenhimmel!
O Salemsjäger heß von unten
Mich Sündenjam mit Gnadenhunden.
Zieh mir Dein Gnadenwammes an
So bin ich löstlich angehan.
O Herr wie find vor Dir ein Ras
Ein Festgestank, ein Rabenaaß,
Ein Schindlerloch der Sünden.

Das ist der richtige und ganze Text. Sie haben recht, wenn Sie die Annahme des Herrn Lic. theol. R. Mumm zurückweisen, daß F. W. Wolff dies Lied gebichtet habe, um im allgemeinen die evangelischen Glaubenslieder zu verhöhnen. Ich behaupte sogar, daß Wolff dies Lied nicht einmal zuerst aus Licht gebracht hat. Vielmehr dürfte dies von einem ehemaligen Theologen, späteren Professor R., der in den vierziger Jahren in Basel lebte, geschrieben sein. Ich fand das Lied in einem Werk, das seiner Zeit viel Aufsehen erregte, doch leider in zu wenigen Exemplaren unter das Volk gelangte. Unter dem Titel „Kirchenlaude und Es-fahrung“ hatte der genannte Theologe es in Stuttgart in der ehemaligen Kreuzerischen Buchdruckerei herausgeben lassen.

Schließlich sei noch eine an uns gerichtete Mitteilung wieder-gegeben, wonach das Lied in dem alten Cuvry'schen Gesangbuch stehen soll, das nicht weniger als 1726 Nieder enthalte. Dies aus dem 18. Jahrhundert stammende Buch sei noch hier und da in alt-lutherischen Gemeinden in Gebrauch.

Nach alledem scheint sicher zu sein, daß wir es in dem Liede nicht mit einer Unterhöhnung, sondern mit einem durchaus echten Ausdruck religiöser Bitterkeit zu thun haben. Wir sind allerdings weit entfernt davon, dies wunderliche Geistesprodukt den heutigen Vertretern der Religion zur Last zu legen, aber zum W-leugnen haben diese Herren allerdings auch keine Ursache.

Gemeindefunktionär bei der Wismarck-Feier. Der von uns bereits gewürdigte Plan, tausend Berliner Gemeindefunktionäre zu der bevorstehenden Enthüllung des Wismarck-Denkmal zu zuzuziehen und einige Wieder von ihnen vortragen zu lassen, hat auch in der „Pädagog. Ztg.“ eine Diskussion hervorgerufen. Ein Lehrer, der ausdrücklich erklärt, kein Gegner der Wismarck-Feier an sich zu sein, der im Prinzip auch gegen die Anwesenheit von Schülern bei dieser Feier nichts einzuwenden hat, warnt aus künstlerischen wie erzieherischen und schließlich auch aus gesundheitlichen Gründen nicht bloß vor der für die Enthüllungsfeier geplanten Gesangsaufführung, sondern überhaupt vor den seit dem vorigen Jahre in Berlin verhältnismäßig eingeführten Massenkonzerten von Schülern. Er behauptet, daß die Kinder in Massenkonzerten nichts leisten können, und daß sie durch solche Schau-

stellungen eitel und hochmütig werden. Wie weit diese Bedenken berechtigt sind bzw. es nicht sind, das soll hier nicht untersucht werden.

Gründliche Beachtung verdient dagegen die Mitteilung, daß bei den im vorigen Jahre abgehaltenen Konzerten bzw. bei den Proben oftmals Kinder ohnmächtig wurden. Diese Thatsache läßt die von dem Gänger der Gegend, aufführung vorgeschlagene Beteiligung der Kinder als bloße Zuschauer und Zuhörer gleichfalls als höchst bedenklich erscheinen (abgesehen von den weiteren, sich aus der Feier selbst ergebenden Bedenken, die wir noch haben und durch deren Ausführung wir kürzlich die „Tägliche Rundschau“ so in Hornisch brachten). Es ist leicht möglich, daß sich Unfälle, wie die bei den Massenkonzerten vorgekommenen, bei der Bismarck-Feier in noch größerem Umfange wiederholen. Die bei Feierlichkeiten dieser Art übliche lange Dauer der Absperrung wird die Kinder voraustrittlich nötigen, stundenlang auf dem Denkmalsplatz auszuhalten. Bei großer Hitze kann das manchem Kinde eine dauernde Schädigung seiner Gesundheit bringen. Als vor Jahren Berliner Schulkinder zur Spalierbildung bei irgend einem dynastischen Gepränge nach den Linden kommandiert wurden, da gab es, wie damals gemeldet wurde, unter den Kindern eine ganze Reihe von Ohnmachtsanfällen. Seitdem hatte man auf die Mitwirkung von Schulkindern bei solchen Gelegenheiten verzichtet.

Sollten sich bei der Enthüllung den Bismarck-Denkmalen für einzelne Kinder ernstere Gesundheitsbeschädigungen ergeben, so empfehlen wir den Eltern, die zunächst verantwortlichen Personen, d. h. die Lehrer, die die Kinder zur Teilnahme an der Feier veranlaßt haben, beschwerlich zu machen. Die durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch verschärfte Haftpflichtbestimmungen bieten in solchen Fällen auch der Schule gegenüber eine bessere Handhabe als die früheren Bestimmungen. Die moralische Verantwortung trifft natürlich ganz andere Instanzen als die Lehrer. Der Gedanke, Schulkinder zu einer Verherrlichung Bismarcks zu mißbrauchen, rührt von dem geschäftsführenden Ausschuss für die Denkmalsentheilung her. Auf seine Bitte hat das königliche Provinzial-Schulkollegium die städtische Schuldeputation veranlaßt, dem Gesuch um Ueberlassung der Schulkinder zu entsprechen.

Uebrigens sollte einmal die Frage untersucht werden, ob die Beteiligung der Kinder an der Bismarck-Feier den Charakter einer Schulfestlichkeit hat. Thatsache ist, daß die zweifelhafte Ehre, dem Vater des Sozialistengesetzes hulden zu dürfen, nicht den Berliner Gemeindeschulkindern überhaupt, sondern nur den Kindern eines bestimmten Schulkreises zu teil wird, dessen Schulleiter früher bereits die Massenkonzerne organisiert hat. Die Zulassung der Kinder erfolgte anscheinend nicht im Interesse der Schule, sondern nur dem Denkmalsaussehens zu Liebe. Als Staffage für eine Bismarck-Feier sind uns Arbeiterkinder aber zu schade.

Ein wunderlicher Titelstreit scheint in Berlin auszubrechen. Dreizehn Magistrats-Assessoren sollen nach offizieller Bekanntmachung des „Gemeindeblatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin“ künftig den Haupttitel „Magistratsräte“ führen; dem ältesten derselben, Assessor v. Schulz, welcher den Vorsitz beim Gewerbegericht führt, hat der Magistrat, wie gleichzeitig bekannt gegeben wird, außerdem noch den Titel „Direktor“ verliehen. Herr v. Schulz wird aber in derselben Nummer des „Gemeindeblatt“ laut Protokoll vom 6. Mai schon als „Gewerbegerichts-Direktor“ aufgeführt. Den Titel „Direktor“ hat der Magistrat auch den beiden Vorsitzenden der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Assessoren Dr. Freund und Dr. Straeter, beigelegt. Nun wird in konservativen Kreisen darauf hingedeutet, daß die Titelverleihung einen Übergriff in sich schließt, da nur die Krone kompetent sei, Staatsbürger gewöhnlichen Kalibers zu Räten zu machen.

Die Pfingsttage ließen sich weit besser an, als nach dem Gewitterregen des Heiligabend zu vermuten war. Zwei rechte, sonnig-warme Mattage, in die auch das Gewitter vom Sonntagmorgen kaum eine Störung zu bringen vermochte. Wie es in solchen Tagen geht, genügten die Verkehrsmittel bei weitem nicht, um alle, die nach draußen wollten, auf menschliche Weise zu befördern. Im Eisenbahn-Verkehr herrschten vor und während der Pfingstfeiertage Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Von einem Fahrplan war am Sonntagabendmorgen schon gar keine Rede mehr. Das Gedränge auf den Bahnhöfen war geradezu lebensgefährlich. Als auf dem Lehrter Bahnhof nachmittags um 3 Uhr ein Zug eintraf, bestürmte ihn das Publikum dermaßen, daß die Frau des Maschinenmeisters Schmanskiwicz aus der Oranienstraße, die nach Hannover fahren wollte, vom Bahnsteig gedrängt wurde und einen Weindruck erlitt; sie mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Der siebenjährige Knabe Franz Juhemann aus Rauen fiel um 3/4 Uhr vor der Station Hakenberg aus dem Wagen eines Personenzugs heraus und erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß man ihn nach Berlin in ein Krankenhaus bringen mußte. An Fernzügen sah man nicht nur die Wagen selbst, sondern auch die Plattformen vollgepackt. Selbst auf den Treppen zur Plattform konnte man Leute stehen sehen. Im Vorortverkehr sah es besonders am zweiten Feiertage aus, wie wohl kaum jemals zuvor. Wagenabteile, in denen zwischen den Bänken nicht mehr als eine Reihe Fahrgäste stand, wurden von den auf den Bahnhöfen Harrenden schon vormittags gefüllt. Noch ungezügelter entwickelten sich die „Sturmescenen“ bei dem Nachmittag- und Abendverkehr. Auch über mangelnde Sauberkeit in den Eisenbahnwagen wurde Klage geführt.

Eine schöne Ueberraschung wurde den Vorortsbewohnern zu teil, die am zweiten Feiertage abends mit der Schleifbahn von Berlin wieder hinausfahren wollten. Um 10 Uhr 27 Minuten abends fährt z. B. ein Zug vom Bahnhof Friedrichstraße nach Erlener ab. Pünktlich fuhr auch vorgestern abends einer ab. Auf dem Schleifbahn Bahnhof hieß es plötzlich: „Alles aussteigen!“ Der Zug, der deutlich als Vorortzug nach Erlener gekennzeichnet war, fuhr leer auf den Rangierbahnhof hinaus. Die Fahrgäste fanden da und warteten und warteten. Endlich nachdem so und so viele Fern- und Schnellzüge mit so und so viel Verpöschung aus dem Bahnhof glücklich hinausgekommen waren, ging's weiter. Man hatte gerade 1 1/4 Stunden auf dem Bahnsteig gewartet.

Der Straßenbahn-Verkehr war natürlich auch reich an turbulenten Szenen. Glücklicherweise aber scheinen erheblichere Verletzungen von Passagieren nicht vorgekommen zu sein. Am zweiten Feiertage fuhr vom Oranienburger Thor alle drei Minuten ein elektrischer Motorwagen mit zwei Anhängerwagen nach Tegeler. Der Andrang war so stark, daß die Ausflügler schon am Wedding sich der nach Berlin zurückfahrendenzüge bemächtigt, das Fahrgeld bis zum Oranienburger Thor bezahlten und dort zur Aufsicht sitzen blieben. Diese Art, sich einen Platz zu sichern, führte dann wieder zu einem Sturm auf die Wagen auf der Strecke vom Wedding bis zum Oranienburger Thor. Es wurde so arg, daß schließlich jeder Wagen als Leiter und zur Unterstützung des Schaffners einen Schutzmännchen erhielt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach § 45 des Droschkennzeichens und § 7 der Polizeiverordnung für Fahrpreisanzeiger vom 28. April 1898 sind sämtliche Droschkentaxen verpflichtet, nicht nur bei Fahrten nach den Bahnhöfen, sondern auch nach den Theatern, größeren Vergnügungsorten und sonstigen Orten, an welchen ein größerer Wagenverkehr stattfindet, den Fahrpreis vor der Beendigung der Fahrt von den Fahrgästen einzuziehen. Es ist sehr wünschenswert, daß dieser Bestimmung nicht nur von den Kutschern, sondern auch vom Publikum eine größere Beachtung geschenkt wird, da nur hierdurch es möglich wird, namentlich an Sonn- und Feiertagen, eine schnellere Abfahrt des Publikums zu bewirken und lästige Verkehrlösungen zu vermeiden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster verstarb gestern, Dienstagmorgen, der 32 Jahre alte Schlosser Franz Tülle aus der Turmstr. 74 zu töten. Der Mann, war seit vier Wochen wegen eines Kopfleidens, aus dem sich vor einigen Tagen die Kopfknochen entwickelt, arbeitsunfähig. Als seine Wittin gestern morgen ausgegangen war, um einen Arzt zu holen, sprang er aus dem Fenster des dritten Stods auf den gepflasterten Hof hinab und zog sich schwere Rücken-

verletzungen und starke Quetschungen heider Beine zu. Ein Kopsfcher Rettungswagen brachte ihn nach der Charité.

Eine schwere Gaderplosion ereignete sich in der Nacht zum Montag in dem Hause Wilhelmstr. 99. Als der Antiquitätenhändler van Kelen mit seiner 22-jährigen Schwester früh um 1 Uhr von einem Ausfluge heimkehrte und letztere in der Küche ein Streichholz anzündete, erfolgte sofort ein furchtbarer Knall. Herr v. A. wurde gegen die nächste Wand geschleudert, erlitt aber keine Verletzung. Seine Schwester dagegen lag an die Wand gelehnt da und stieß ständige Hilferufe aus. v. A. warf ihr zunächst Dedeln über, um die Flamme zu erlöschen, und trug sie dann ins Freie. Die sofort alarmierte Feuerwehr legte der im Gesicht und an den Händen schwer Verletzten schleunigst Rotverbände an und sorgte für Herbeischaffung eines Arztes. Das entstandene Feuer war zwar rasch beseitigt, doch erlitt sich die Wirkung der Explosion als sehr bedeutend. Die Fenster und Jalousien waren vollständig zertrümmert. Die Wilhelmstraße war vor dem Hause mit Glasgerben völlig überfüllt und die zerrissenen Holzjalousien waren bis gegen die andre Häuserfront geschleudert. Die Explosion wird auf den schadhast gewordenen Gummischlauch am Gaslocher zurückgeführt.

Totschlag. Polizeilich wird berichtet: In der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag, 25./26. d. Mts., ist zwischen sieben Personen eine Schlägerei am Schleifischen Bahnhof entstanden, wobei das Messer wiederum eine Rolle gespielt hat und der Tod eines der Beteiligten herbeigeführt worden ist. Die Angreifer sind vier Personen, welche jedenfalls bereits — es war 2 Uhr morgens — eine Partie gemacht hatten, denn sie trugen grüne Hosen an den Hüften. Die Täter haben den schwarzen, steifen Filzhut und den Schirm des Verletzten mitgenommen. Der Schirm war mit einer Verletzung versehen, mittels welcher durch Druck auf dieselbe der Schirm sich öffnet. Alle Personen, welche Angaben zur Sache machen können, werden ersucht, um Weiterungen zu vermeiden, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 320, in den Vormittagsstunden zu melden. Der Ersttöchter ist der Schneidergeselle Heise.

Durch eine Ohrfeige getötet wurde am Pfingst-Heiligabend der 40 Jahre alte, aus Stargard im Kreise Saargebürtige Bauarbeiter August Lehmann aus der Prinz Eugenstraße 17 von dem 34 Jahre alten Kutcher Otto Trisch aus der Schulstraße 115. Trisch, der sich des besten Leumundes erfreute und 15 Jahre auf einer Stelle arbeitete, sah am Heiligabend zwei Stunden in der Gastwirtschaft von Fußgänger an der Ecke der Anton- und Prinz Eugenstraße, wo er bekannt war. Er schien verstimmt zu sein und war auch etwas angetrunken. An der Unterhaltung nahm er wenig teil, fast die ganze Zeit las er. Um 10 1/4 Uhr kam Lehmann in die Wirtschaft, um für 10 Pf. Schnaps zu holen. Er war betrunken und schimpfte, ohne daß ihm jemand etwas gesagt oder auf ihn geachtet hätte. Trisch ärgerte sich darüber und empfahl dem Betrunkenen, nicht so dummes Zeug zu reden. Nun gab ein Wort das andre, und die Streitenden, beides arbeitende Männer, die sich gar nicht kannten, wurden immer heftiger. Endlich sprang Trisch auf, gab dem vor ihm stehenden Gegner eine Ohrfeige, daß er hintenüber fiel und betäubungslos liegen blieb. Diese Wirkung seines Schlags hatte Trisch nicht erwartet. Er bereute, daß er sich hatte hinreichend lassen und trug mit Hilfe anderer Gäste den Verwundeten nach seiner nahe gelegenen Wohnung. Dort war er der Frau behilflich, den Verletzten zu pflegen, und erst nach einer Stunde, als Lehmann wieder zu sich gekommen war und außer Gefahr zu sein schien, ging er weg. Um 2 Uhr morgens legte Frau Lehmann sich schlafen, um von Zeit zu Zeit nach ihrem Manne zu schauen. Als sie um 4 1/2 Uhr zum drittenmale an sein Bett kam, war er tot. Es scheint, daß der Schlag innere Teile des Ohrs zerrissen und dadurch den Tod herbeigeführt hat.

Selbstmord einer vierzehnjährigen. Die 14 Jahre alte Tochter Marie des früheren Maurers Walter aus der Siegmundstraße, der jetzt städtischer Sprengwagenkutscher ist, war von jeder ein eigenwilliges Kind, das immer das letzte Wort haben wollte. Wenn die Eltern oder die älteren Geschwister sie zurecht wiesen, so bekam sie oft förmliche Wutanfälle. Als sie vor acht Tagen wieder zurecht gerufen werden mußte, lief sie weg und lief am Gölzinger Ufer in den Landwehrkanal. Am Sonntag landete man die Leiche.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 64 Jahre alten Schlossers Karl Sär, aus der Gartenstraße, der am Freitag voriger Woche um 6 Uhr tot aufgefunden wurde. Sär war ein lebenslustiger Mann. Seit 21 Jahren arbeitete er bei Keiling u. Thomas in der Adlerstr. 129, bis er anfangs voriger Woche weglief. Seit 14 Jahren Witwer, wohnte er bei seinem verheirateten Sohne Karl, der ebenfalls Schlosser ist. Der Frau dieses Sohnes brachte am Sonntag vor Pfingsten eine Schneiderin ein neues Kleid. Nachdem die Schneiderin weggegangen war, machte der junge Sär seiner Frau Vorwürfe, daß sie sich das Kleid hatte machen lassen. Sein Vater dagegen stellte sich auf die Seite der Schwiegertochter, der zu Pfingsten ein neues Kleid wohl zu gönnen wäre. Ueber diese Frage kam es nun zu einem Streit zwischen Vater und Sohn, der damit endete, daß der alte Mann den benachbarten Pfingstbrenn in der Bergstr. 33 aufsuchen mußte, um sich eine 2 Centimeter lange Stirnwunde verbinden zu lassen. Am Montag suchte der Verletzte einen Arzt auf, der ihm Verträge vorschrieb. Am Freitagmorgen um 6 Uhr fand ihn seine Schwiegertochter tot im Bett liegen. Während der junge Sär behauptet, sein Vater sei gefallen, wird von anderer Seite gesagt, der alte Mann sei von seinem Sohn im Streite mit dem Kopf gegen die scharfe Kante eines Schranks geworfen worden. Die Angelegenheit beschäftigte die Kriminalpolizei, die gestern, Dienstagmorgen, den Pfingstbrenn Brandow und die Frau des Kohlenhändlers Kunze aus der Gartenstraße 40a, die bei dem Vorgange zugegen waren, als Zeugen vernahm. Die beschlagnahmte Leiche wird auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft gerichtsarztlich geöffnet werden.

Strafensperrung. Die Inselfriede wird befalls Erneuerung des Oberbelauges vom 29. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Druckfehlerberichtigung. In dem Bericht meines Theaterkritikers E. S. über „Emilia Galotti“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Unser Mitarbeiter hatte in Bezug auf die Kunst Leistung von einem „singulären Genre“ gesprochen, nicht aber von einem „populären“, wie ihn der Druckfehler sagen läßt.

Aus den Nachbarorten.

Die Zuzüge und Fortzüge in Charlottenburg. Im Jahre 1800 sind in Charlottenburg 59 575 Personen zugezogen gegenüber 54 934 im Jahre vorher, also 4641 mehr; fortgezogen sind 53 825 gegenüber 49 949 Personen, so daß hier ein Netz von 8676 dem Vorjahr gegenüber zu verzeichnen ist. Der Ueberschuß der Zuzüge über die Fortzüge belief sich im Jahre 1900 auf 5750, im Jahre 1899 auf 4685. An Haushaltungen kamen 5427 nach Charlottenburg (im Vorjahr 5275), 4926 zogen von hier fort (im Vorjahr 4922), so daß der Fortzug an Haushaltungen sich annähernd gleich blieb, der Zuzug um 349 höher war als im Jahre 1899. Der Ueberschuß des Zuzugs gegenüber dem Fortzug bei den Haushaltungen belief sich auf 301 gegen 353 im Jahre 1899 und 305 im Jahre 1898, eine nicht unbeträchtliche Zunahme, welche bei der Verteilung der Wohnungsfrage wesentlich in Betracht kommt. Bei dem weiblichen Geschlecht war der Zuzugsüberschuß bedeutend höher als beim männlichen, und zwar entfallen von diesem Zuzugsüberschuß des weiblichen Geschlechts 1388 Personen auf Dienstmädchen, was auf den zunehmenden Wohlstand der Charlottenburger Bevölkerung schließen läßt. Der größte Bevölkerungsaustausch fand mit Berlin statt, er führte zu einem Plus von 4157 Personen für Charlottenburg, der nächst größere Ort Schöneberg hatte dagegen ein Mehr von 454 Personen gegenüber Charlottenburg, welche von Charlottenburg aus mehr nach Schöneberg zogen als umgekehrt. Während Schöneberg im Jahre 1899 nach Bevölkerung an Charlottenburg abgab, hatte Wilmersdorf auch im Jahre 1899 schon durch Charlottenburg ein

Mehr von 723. Auch nach Friedenau wurden mehr Personen abgegeben als zuwanderten. Den Jahresmonaten nach waren es der Oktober, November, April und Mai, welche am meisten zur Bevölkerungszunahme durch Zuzug beitrugen. Einige Monate (Februar, März, Juni, August, September) zeigten jedoch mehr Fortzüge als Zuzüge, so daß diese Monate, wenn nicht ein erhebliches Mehr von Geburten vorgekommen war, einen Bevölkerungsrückgang aufzuweisen hätten. Es ist für die Wohnungsfrage von Wichtigkeit, daß die Bevölkerungszunahme im wesentlichen zu dem Oktober- und April-Termin vor sich geht. Dem Verufe nach war gegenüber Berlin bei den selbständigen Kaufleuten und Industriellen der Zuzugsüberschuß noch größer als im Vorjahre, ebenso bei den Abhängigen und ganz besonders bei den Arbeitern und Dienstmädchen.

Der Tegeler Schloßpark mit dem v. Humboldtschen Erbegräbnis war für das Publikum während der Pfingstfeiertage gesperrt. Nur der neben der Humboldt-Wähe auslaufende Privatweg, der, mit prächtigen alten Bäumen geschmückt, nach den Uferpartien des Tegeler Sees und der Forst eine weit schönere und kürzere Verbindung herstellt als die sandige Landstraße, durfte noch vom Publikum benutzt werden. Indes ist auch dies nur auf Widerruf gestattet, und die gänzliche Sperrung des Schloßparkgebietes wird erfolgen, sobald ähnliche Ausdehnungen, wie sie am Himmelstags-tage vorgekommen sind, sich wiederholen sollten. Verschuldet haben diese Maßregel der Besitzerin, Frau v. Heinge, nicht die Berliner Besucher in der Allgemeinheit, sondern die Teilnehmer einer sogenannten Herrentournee, die in den Parkanlagen wie die Bandolen gekauft haben und die Parkwächter und Gärtnere, die einschreiten wollten, mißhandelt, so daß das Personal anderweit Hilfe herbeiholen mußte. Eine Sperrung des Schloßparks fand aus einer ähnlichen Veranlassung schon vor 6 oder 7 Jahren statt; damals erfolgte die Freigabe auf ein Bittgesuch der Tegeler Gastwirte, die durch die Abnahme des Verkehrs großen Schaden erlitten.

Ein verheerendes Unwetter hat am zweiten Pfingstfeiertage im Osten der Provinz Brandenburg gehaust und bedeutenden Schaden verursacht. Aus Stenich bei Schwiebus wird uns darüber berichtet: Am Montagmorgen zogen sich über Stenich eine Anzahl Gewitter zusammen, welche ca. 1 1/2 Stunden über dem Städtchen standen. Die elektrischen Entladungen folgten sich ununterbrochen und unaufhörlich rollte der Donner; gleichzeitig prasselte ein Wollenbruch nieder, der die Straßen der Stadt in kurzer Zeit unter Wasser setzte. Dreimal traf der Blitz bewohnte Gebäude und zündete. Auf dem Schützenplatz hatte sich eine große Anzahl von Einwohnern versammelt, und hier schlug der Blitz in eine Gasse, unter welcher ein Mann und mehrere Frauen Schutz vor dem Regen gesucht hatten. Sämtliche Personen stürzten betäubungslos zu Boden. Während sich die Frauen bald wieder erholt hatten, mußte der Mann, der linksseitig getroffen worden ist, nach dem Krankenhaus gebracht werden. Ein Spazierstock, den er in der Hand gehalten, war durch den Blitz mitten durch gespalten. Auch in der Umgebung hat das Gewitter bedeutenden Schaden verursacht.

Gerichts-Beilage.

Weil er Angst vor seiner Frau hatte, ist der Arbeiter Friedrich Kube in den Verdacht des verübten schweren Diebstahls gekommen. Die Kube in der gestrigen Verhandlung vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I erzählte, hatte er am Abend des 7. Mai mit zwei unbekannten Männern über die Polizeistunde hinaus gelnipelt. Als sie gegen Mitternacht die Straße betraten, habe er seinen Begleitern erzählt, daß er sich fürchte, seine Wohnung zu betreten, da er jedenfalls von seiner Frau einen höchst unfreundlichen Empfang zu erwarten habe. Einer seiner Begleitern habe darauf den Vorschlag gemacht, daß sie in einer dem Magistrat gehörigen Bretterbude, welche auf der Straße stand und in der die zu Pfingstfeiertagen gebräuchlichen Werkzeuge aufbewahrt wurden, nächtigen wollten. Der Vorschlag fand Beifall. Der Zutritt zum Innern der verschlossenen Bude konnte nur dadurch bewirkt werden, daß man das Bretterdach in die Höhe hob. Den vereinten Kräften der drei Männer gelang dies auch. Schon war Kube mit dem Oberkörper drinnen, als ein Schutzmännchen näherte. Die beiden Genossen Kubes liefen davon, er selbst sah aber arg in der Aemine, aus der er erst von dem Schutzmännchen befreit werden mußte. Es wurde angenommen, daß er aus der Bude das Handwerkszeug hatte stehlen wollen, was der Angeklagte aber auch vor Gericht angeleugnet bestritt. Er wies darauf hin, daß er die Haken und Schanfen, die sich in der Bude befanden, gar nicht vertorten konnte. Er habe nur ein Obdach haben wollen, wo er vor den Inbilden der Witterung und seiner Frau geschützt war. Der Begriff des „Gewahren“ Diebstahls mußte schon am deswillen aufhören, weil festgelegt wurde, daß die nur auf dem Erdboden aufgestellte und transportable Bude nicht einem Gebäude gleich zu achten sei. Aber der Gerichtshof glaubte dem Angeklagten auch, daß er nur in der Bude nächtigen wollte, und sprach ihn ebenfalls wegen verübten einfachen Diebstahls frei.

In der Strafsache gegen den Handbesitzer Varg, welcher in der vorletzten Sitzung des Schöffengerichts beim Landgericht I als Geschworener fungierte und mitten aus seiner Thätigkeit heraus unter der Anschuldigung der Rotzucht, begangen gegen sein Dienstmädchen, verhaftet worden war, ist nunmehr die Anklage erhoben worden. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, hatte im Laufe der durch Herrn Landgerichtsrat Herr gestrichelten Vorunternehmung einen unzulässigen Beweis dafür angetreten, daß das Dienstmädchen zu ihrer belästigenden Anklage von der Ehefrau des Varg angestiftet worden sei. Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft die Beschuldigung der Rotzucht fallen gelassen und die Anklage nur auf städtische Verleumdung gestellt, welche darin geknüpft wird, daß V. zu verschiedenen Malen gegen sein Dienstmädchen sich Indignitätsfeiern und unsittliche Attentate erlaubt habe. Der Angeklagte bestritt auch in dieser Hinsicht sich strafbar gemacht zu haben und behauptet, daß seine Annäherung mit dem Willen des Mädchens erfolgt sei. Da es sich nur noch um eine Verleumdung handelt, so hat der Verteidiger auf neue einen Haftentlassungsantrag gestellt.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauen-Stimmrecht in Norwegen. Das Landtag hat am Sonntag den Beschluß des Odelstings über die Einführung des allgemeinen kommunalen Stimmrechts für Männer und des kommunalen Stimmrechts für Frauen bei einem verfeinerten Einkommen von 300 Kronen auf dem Lande oder 400 Kronen in der Stadt mit 15 gegen 14 Stimmen gut gehehen. Zwei Liberale, die sich bei der ersten Verhandlung für den Ausschub, aber als prinzipielle Anhänger des Entwurfs erklärten, haben jetzt mit „ja“ gestimmt. Es fehlt dem Gesetz jetzt nur noch die Bestätigung des Königs. Da aber dieser beständig nicht die Macht hat, Beschlässe der norwegischen Volkswertretung eidlich zu verwerfen, so erscheint hiermit diese bedeutende Erweiterung der Volksrechte als gesichert.

Witterungsübericht vom 25. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Eutin	761.9	SW	2	bedekt	14	Haparanda	758.2	SW	2	bedekt	5
Danzburg	763.9	SW	2	bedekt	10	Petersburg	762.9	SW	1	bedekt	6
Berlin	762.9	SW	3	bedekt	15	Kort	760.5	SW	2	wolfig	14
Frankf./M.	762.9	SW	2	bedekt	19	Karlsruhe	—	—	—	—	—
Wien	763.5	SW	2	bedekt	17	Wien	761.9	SW	2	bedekt	17
Wien	761.9	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. Mai 1901.

Ziemlich warm, und am Tage warm bei schwachen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.